

# Der Stein- & Arbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 28. Juni 1930

34. Jahrgang

Nummer 26

### Kartelle, Kaufkraft und Krise

Die Wirtschaftsgeschichte kennt Krisen, auch von dem Ausmaße der zur Zeit herrschenden, in großer Zahl. Ihre Entstehungsgründe, ihr Verlauf und ebenso ihre Entspannung mit dem Umschwung zur Wirtschaftsbelebung haben den Nationalökonom der früheren Jahrzehnte deutliche Anhaltspunkte zur Beurteilung des jetzigen Standes der Krise. Darüber, daß Wirtschaftskrisen ihre Wurzel im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben, daß sie gewissermaßen ein wesentlicher Bestandteil desselben sind, herrscht stets weitgehende Übereinstimmung. Nur in der Empfehlung der Methoden zur Ausschaltung oder Überwindung der Krisen scheiden sich von jeher und scheiden sich auch heute noch die Geister. Der Sozialismus erstrebt eine Beilegung des wirtschaftlichen und sozialen Übels „Krise“ an der Wurzel, also beim Wirtschaftssystem. Die liberal-anarchistische Marktwirtschaft mit Überproduktion auf der einen und unstillbarem Massenbedarf auf der anderen Seite, mit Kapitalfehlleistungen und sprunghafter Preisgestaltung, soll einer nach den Gesetzen der Vernunft und der Planmäßigkeit geleiteten Wirtschaft Platz machen. Der Anhänger der liberalen Marktwirtschaft erkennt ebenso wie der Sozialist das kapitalistische Wirtschaftssystem als die letzte Ursache der Krise an. Nur baut er seine Hoffnungen auf die diesem System innewohnende Selbsterneuerung. Gewiß hat die Überproduktion, wenn sie einen bestimmten Grad erreicht, Massenarbeitslosigkeit, steigende Konturzfisern und Wechselproteste zur Folge, aber auch sinkende Zinssätze und fallende Preise gehören zu ihren Begleiterscheinungen. Die übergroßen Lagerbestände lösen einen außerordentlich stark verärgerten Konkurrenzkampf aus, dessen Folge ein rapides Absinken der Preise ist, da ja Unternehmen zu Unternehmen in Konkurrenz steht. Dadurch, so argumentiert der liberale Wirtschaftspolitiker, verlieren selbst Lohnherabsetzungen etwas von ihrer sozialen Härte, und das gesenkte Preisniveau erschließt dem Warenbesitzer im Ausland wie auch im Lande neue Märkte, wodurch der einer jeder Krise folgenden Nachkonjunktur die Wege geebnet werden.

Wie stark die Öffentlichkeit auch heute noch von derartigen Gedankengängen befangen ist, die der Künftiger der liberalen Wirtschaftswissenschaft entlehnt sind, zeigen die Vorschläge, die alle zur Heilung der jetzt tobenden Wirtschaftskrise gemacht werden und zeigt weiter das Echo, das diesen entgegenschallt. Und doch liegt hier eine Verkennung wirtschaftlicher Tatsachen vor. Solange wir einen reinen Kapitalismus, besser eine sich frei entfaltende Konkurrenzwirtschaft hatten, konnte man dem Rezept der Preis- und Lohnsenkung eine gewisse logische Berechtigung nicht absprechen. Wie aber sieht es heute?

Erst einmal ist naiv, daran zu glauben, Lohn- und Preisentwertung würden uns in hohem Maße auf den Auslandsmärkten neue Absatzfelder erschließen. Das wesentliche Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die starke Verschlingung der einzelnen Nationalwirtschaften zu einer sich immer enger verbindenden Weltwirtschaft. Absatz- und Kreditwege pressen heute Volkswirtschaft an Volkswirtschaft, deren Enge keine Zollschranke wesentlich zu beeinträchtigen vermag, und internationalen Kartelle, von früher kaum geahnter Macht, konnten entstehen, weil eben der internationale Markt nur als Ganzes betrachtet werden kann. Diese Verbundenheit hat aber zur Folge, das sich jede bedeutende Störung, die an irgendeiner Stelle des Marktes auftritt, zu internationalen Maßstäben auswächst. In der Tat ist ja auch die jetzt tobende Wirtschaftskrise nahezu eine Weltkrise. Sie hat nicht nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Belgien, Schweden, Norwegen, Polen, Deutschland und Österreich erfaßt, sondern auch die Staaten, die bereits Versuche zu einer planmäßigen Wirtschaftsgestaltung unternommen haben, also Italien und Rußland. In der Reihe all dieser Mächte erhebt Frankreich, das bisher von der Krise verschont geblieben ist als unbedeutende Ausnahme. In all den oben genannten Staaten herrscht Krisenstimmung, dort überall haben sich die Märkte verengt und können kaum die heimischen Produkte aufnehmen. Wie sie noch für uns zu neuem Absatzfeld werden sollen, bleibt wahrscheinlich ewiges Geheimnis.

Von dort also ist wirksame Hilfe nicht zu erwarten. Wenden wir uns deshalb den Verhältnissen auf dem Binnenmarkt zu. Wenn hier noch zutreffen würde, daß die Krise einen verstärkten Konkurrenzkampf auszulösen imstande ist, in dessen Verlauf sich die Preise fühlbar senken, dann müßte die Wechselseitigkeit der Lebenshaltungskosten diese Bewegung widerspiegeln. Aber was sehen wir da! Im Krisenjahr 1929 stand der amtliche Lebenshaltungsindex auf 153,8 und lag somit noch um einige Punkte höher als im Vorjahre, wo er mit 151,7 ausgewiesen wurde. Erst die letzten Monate dieses Jahres brachten ein leichtes Absinken, nämlich von 151,6 im Januar auf 146,7 im Mai. Dieser sich hier wiederpiegelnde Preisrückgang ist selbst dann, wenn wir den schon längst als revisionsbedürftig erkannten Lebenshaltungsindex einmal als getreuen Gradmesser der Teuerungsbewegung gelten lassen wollen, so minimal, daß seine Entlastung im Arbeiterhaushalt nicht zu spüren sein kann. Der Grund dafür liegt in der veränderten Struktur unserer Wirtschaft. Die mehr als 3000 Kartelle und einige marktbeherrschende monopolartige Einzelunternehmen haben den Konkurrenzkampf aufgehoben. Preisentwertungen sind nicht mehr eine sich frei entfaltende Erscheinung, sondern sie müssen beschlossen werden. Aber selbst wenn man in dieser oder jener Kartelleitung dazu übergehen würde, dann ist das Wirkungsfeld des Preisbeschlusses immer nur auf das jeweilige Kartell beschränkt. Das Kohlen Syndikat kann nur die Kohlenpreise, das Glühlampensyndikat nur die Preise für Beleuchtungsförpser ermäßigen. Diese Beschränktheit des Kartells, stets nur für einen oder einige Artikel den Preis binden zu können, macht das Problem der Lohn- und Preisentwertung heute so kompliziert, ja seine Lösung unmöglich, denn auch der Tarifvertrag ist horizontal organisiert, auch er gilt in der Regel für die Arbeiterschaft einer bestimmten Branche. Wird nun für diese der Lohn abgebaut und auch der Preis gesenkt, so bringt diese Arbeiterkategorie zwar ein ganz besonders großes soziales Opfer, für das sie aber nie einen Ausgleich bekommen kann, da ihr niemand

garantieren kann, ob und in welchem Maße sich diese eine Preisentwertungs-Teilaktion im Gesamtpreisniveau auswirken wird. Das aber ist für ihre Lebenshaltung entscheidend.

Da, wie vorstehend schon dargelegt worden ist, von einer Absatzerweiterung auf den Auslandsmärkten die Heilung der Krise nicht zu erwarten ist, so ist die Inlandskaufkraft besonders pfleglich zu behandeln. Eine Preisentwertung aber, die nicht größer sein würde als die Lohnsenkung, bedeutet gleichbleibende, nicht steigende Kaufkraft. Das alles zeigt, daß die heute so stark hervortretende Arbeitgeberpropaganda nicht dem Ziele einer

Der genannte Reichsverband ist der Hauptverband der organisierten Unternehmer in der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, denn 12 selbständige Unterverbände werden vom ihm betreut. Er selber ist als Hauptverband ein wesentlicher Teil der Steinindustrie-Spitzenorganisation — dem Reichssteinverband, der alle Unternehmer, Branchengruppen in der Natursteinindustrie organisatorisch umfaßt. Dieser Reichssteinverband als Ganzes wiederum ist der großen wirtschaftspolitischen Gruppe der Unternehmer, dem „Reichsverband der deutschen Industrie“, dieser großen Dachorganisation, angegliedert, die in der Öffentlichkeit, politisch beratend und wirtschaftlich stöhnend durch Denkschriften, Rundgebungen usw., sich reaktionär bemerkbar macht. Unsere Leser sind zum großen Teil über das organisatorische Gerippe der Unternehmerverbände im Bilde. Sie wissen auch, daß der Reichsverband der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie noch eine zweite Richtungsbindung vor etwa 1½ Jahren eingegangen ist, nämlich an den großen Dachverband der reinen Arbeitgeberverbände, die sogenannte sozialpolitische Richtung, zusammengefaßt in der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“. Das ist jene Richtung, die scharf, schärfer und scharft zu den Gewerkschaften der Arbeiter in Kampfstellung steht. Wir sehen, die organisierten Pflasterstein- und Schotterindustriellen haben sich von allen Seiten organisatorisch gesichert, und in der Streiterziehung fehlen sie selbstverständlich auch nicht. Die Unterverbände des Reichsverbandes nennen sich:

1. Verband weißdeutscher Hartsteinwerke, e. V., Bonn.
2. Schlesischer Steinindustrieverband, e. V., Breslau.
3. Vereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz, Dresden.
4. Verband der Wegebaustoffindustrie Nord- und Mitteldeutschland, e. V., Goslar.
5. Südwestdeutscher Steinindustrieverband, e. V., Mannheim.
6. Verband der Steinindustrie Leipzig-Grimma-Torgau, e. V., Leipzig.
7. Verband der mitteldeutschen Steinindustriellen, e. V., Frankfurt a. M.
8. Verband der bayrischen Schotterindustrie, e. V., München.
9. Verband der Steinindustriellen Südwestschlensens, e. V., Lauter.
10. Verband der niederbayerischen und oberpfälzischen Hartsteinindustrie, e. V., München.
11. Verband Lausitzer Schotterwerke, e. V., Dresden.
12. Verband der Steinbruchbesitzer an der Ruhr, e. V., Mülheim-Kuhr.

Zur „allgemeinen Wirtschaftslage“ zitiert der Bericht wesentliche Stellen aus der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die „Aufstieg oder Niedergang“ betitelt ist und im Vorjahre herauskam. Mit dieser Schrift haben wir uns seinerzeit im „Steinarbeiter“ eingehend beschäftigt und können das jetzt unterlassen. Diese Denkschrift hat auf das deutsche Wirtschaftslage, soweit eine Besserung in Frage kommt, trotz der in ihr enthaltenen „prägnanten“ Worte, absolut keinen Einfluß gehabt. Mit Klagen und Anfeindungen wurde noch nie etwas Großes geändert.

Ueber „die Lage der Pflasterstein- und Schotterindustrie“ wird im Unternehmerbericht unter anderem geschrieben:

„Die Pflasterstein- und Schotterindustrie, durch Art der Produktionsverhältnisse, durch ungewöhnlich hohen Lohnanteil am Fertigprodukt und durch Eigenart des eng umrissenen Absatzmarktes für Konjunkturschwankungen und unruhige Wirtschaftsverhältnisse besonders empfindlich, hatte unter den Vorgängen des Berichtsjahres ganz außerordentlich zu leiden. Zu den geschilderten Verhältnissen kommt noch der Umstand, daß gerade unsere Industrie sich einer wenig liebevollen Behandlung durch die Regierung in Zollfragen erfreut. Durch Entziehung des Zollschutzes für Pflastersteine ist sie bedeutend schlechter gestellt, als viele andere Baustoffindustrien. Der Absatz an Pflastersteinen und Schotter ist im Berichtsjahre unverhältnismäßig stark zurückgegangen. Die Pflastersteinindustrie, die schon im Vorjahre zur Vermeidung von Betriebsstillegungen großenteils auf Vorrat arbeiten mußte, ist hiervon besonders getroffen worden. Der Grund der geringen Nachfrage an Wegebaustoffen lag vor allem an den unerfreulichen Finanzverhältnissen der wegebauverantwortlichen Behörden, die zu starker Einschränkung ihres Wegebauprogramms gezwungen waren, so daß die Instandhaltung der Landstraßen fast durchweg durch Oberflächenbehandlung erfolgen mußte. Nur in geringem Umfange sind schwere Decken gebaut worden, wobei großenteils schwedisches Material den Vorzug erhalten hatte.“

Krisenüberwindung gilt, daß weiter, der Fall Stahlwerk Beder, der Deynhauener Schiedspruch für die westdeutsche Metallindustrie und das Manöver der Mansfeld AG Machtpromen sind, die nur eigenwillige Durchsetzung reaktionärer Arbeitgeberwünsche bezwecken. Die Nationalökonom aber, die sich für jene Pläne begeistern, übersehen den Strukturwandel, den die deutsche Wirtschaft während der letzten Jahre und Jahrzehnte erfahren hat. Sie wollen einem in die Höhe geschossenen und in die Breite gegangenen Wirtschaftsförpser einen Konfirmandenanzug aufpressen. F. V.

### Aus dem Jahresbericht des Reichsverbandes der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie 1929-30

Im großen ganzen betrachtet sagt der Bericht, der wohl erst kürzlich der Öffentlichkeit beschränkt zugänglich gemacht wurde, den Industrieangehörigen nichts besonderes, nichts neues. Die Berichtszeit erstreckt sich vom 1. April 1929 bis 31. März 1930; damit schließt dieser Unternehmerverband in der Steinindustrie sein 10. Geschäftsjahr ab, er befindet sich demnach noch in recht jugendlichem Alter. Einzelne Abschnitte des Berichts sind für unsere Leserschaft immerhin nicht ohne Belang, so daß es sich lohnt, einen Auszug daraus wiederzugeben.

Der Winter 1929/30 ließ trotz der günstigen Witterung den Beschäftigungsgrad der Industrie vollends auf zirka 20 Prozent der Kapazität herabsinken. Nur 30 bis 40 Prozent des Normalarbeitsstandes konnten durchgeführt werden. Das große Steinproduktionsgebiet Schlesiens sah sich Ende 1929 wegen Absatzmangels zur vollständigen Stilllegung gezwungen, so daß im Januar und Februar 1930 nur vereinzelt in kleinen Brüchen gearbeitet werden konnte. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bayern und Sachsen. In Sachsen ist der Absatz unter 10 Prozent des Normalverbandes herabgesunken. Dessenungeachtet hat im vergangenen Jahre die Pflastersteineinfuhr unbedeutend fortbestanden. Sie hat, so weit sich dieses Material in Frage kommt, sogar die Einfuhrziffer des Jahres 1928 noch überholt.

So gehen auf der einen Seite dauernd Millionen deutscher Währung ins Ausland für Güter, die in gleicher, wenn nicht besserer Qualität aus deutschen Vorkommen durch deutsche Arbeitskraft gewonnen werden können, während auf der anderen Seite die Erwerbslosigkeit in der deutschen Steinarbeiterschaft einen beängstigenden Umfang annimmt. Diese unglücklichen Verhältnisse, für die die Reichsregierung die Verantwortung tragen muß, haben zirka 60 Prozent der deutschen Steinarbeiter zwangsläufig der Erwerbslosensfürsorge zugeführt.

Neben diesen handelspolitischen Ursachen, die den Kernpunkt der Notlage unserer Industrie bilden, ist noch anderer Einflüsse zu gedenken, die verhängend und erschwerend wirken. Vor allem muß auf die ungesunde Lohnentwicklung hingewiesen werden, die in keinem Verhältnis zur Preishöhe der Produkte steht. Während die Preise für die Steinmaterialien eine unaufhaltbare rückläufige Tendenz zeigen, ganz abgesehen von denen der Rohverkaufte, setzt sich die aufsteigende Linie der Lohnentwicklung fort.

Der nun seit Jahren anbauende, unerfreuliche Zustand der Preisentwertungen bei steigenden Löhnen entzieht dem Unternehmer die allernötigsten Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes und führt zwangsläufig zum Ruin der Betriebe, wenn hierin nicht bald Hilfe geschafft wird. Wie traurig die Verhältnisse in der Industrie liegen, ergibt sich aus einer Betrachtung der Bilanzen der Aktiengesellschaften. Raum zwei Aktiengesellschaften sind in der Lage, eine Dividende auszuzahlen. Die meisten müssen darauf verzichten, den Aktionären ihr Kapital auch nur in bescheidenem Umfange zu verzinsen. Ein großer Teil der Werke schließt wiederum mit Verlust ab.

Dazu kommt die Überproduktion, die auf die Neugründungen in der Nachkriegszeit, hauptsächlich auf Neugründungen der öffentlichen Hand, zurückzuführen ist.

Die Lage unserer Industrie ist, wie erwähnt, durch die Neugründungen der öffentlichen Hand in der Nachkriegszeit stark beeinflusst worden. Wenn wir uns gegen eine weitere Zunahme dieser Betriebe wehren, so gilt dies nicht unseren alten staatlichen und kommunalen Werken, die mit uns die wirtschaftlichen Gefahren einer weiteren Aufblähung des Produktionsapparates nur zu gut erkennen.

Auch die stoßweise Auftragsverteilung der Behörden trägt ihr Teil dazu bei, die Verhältnisse weiter ungünstig zu beeinflussen. Wenn auch die letzten schlechten Absatzverhältnisse des Jahres 1929 eine Zusammenballung der Aufträge im Frühjahr und Sommer vermieden ließen, so muß doch unbedingt weiter dahin gestrebt werden, durch Aufstellung von Wegebauprogrammen den Werken die Möglichkeit einer einigermaßen gleichmäßigen, durchlaufenden Jahresbeschäftigung zu sichern. Bei der bestehenden Wirtschaftslage und vor allem bei dem Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz drängt sich die Frage auf, ob die Industrie in der Lage ist, durch geeignete interne Maßnahmen eine Besserung ihres Zustandes zu erzielen, mit anderen Worten, ob die Industrie zur Einleitung einer Selbsthilfe gewillt ist.

Soweit die bestehenden Zollverhältnisse in Frage kommen, ist natürlich eine Selbsthilfe nicht möglich, da der Grund für diese Umstände bei der Regierung zu suchen ist und somit nur die Regierung allein helfen könnte, wenn sie wollte. Zur Behebung der Preis- und Absatznot hat unsere Industrie aber geeignete Maßnahmen, wenigstens in einzelnen Landesteilen, in die Wege geleitet.

Selbstverständlich sind die Verhältnisse in einem Industriezweig, dessen Arbeits- und Produktionsbedingungen von dem natürlichen Vorkommen abhängig sind und unbeschränkte Konkurrenzmöglichkeiten bietet, besonders schwierig. Dennoch hat sich in einem großen Teil der Unternehmen die Kenntnis durchgerungen, daß nicht der Kampf gegeneinander, sondern nur ein gemeinsames Handeln und gemeinsamer Kampf gegen die jeden Unternehmer drückenden widrigen Einflüsse zum gemeinsamen Ziel führen kann.

Im Frühjahr 1927 schloß sich im Bezirk des Verbandes Westdeutscher Hartsteinwerke e. V. zum Zweck der Regelung der Produktion und des Absatzes eine große Zahl von Basalt-Schotterbetrieben zu der „Basalt-Union“ zusammen, der später auch die meisten übrigen Schotterwerke beitraten. Die Vereinigung hat ihre

Stütze in einer Arbeitsgemeinschaft mit den Großverbrau-  
chern, innerhalb deren die Interessen beider Teile ihren Ausdruck finden.  
Das Reichswirtschaftsministerium und andere Dienststellen haben  
ein derartiges Zusammenarbeiten als nützlich anerkannt und zur  
Rachung empfohlen.

Im Berichtsjahre ist die schlesische Basaltindustrie diesem Vorbild  
gefolgt. Es haben 88 Prozent der schlesischen Basaltbetriebe sich  
zu einer Verkaufsvereinigung zusammengeschlossen. Mit dem An-  
schluß der aufstehenden Betriebe ist in Bälde zu rechnen. Selbst  
angrenzende sächsische Steinbruchunternehmen haben sich angegliedert.  
Auch hier ist, wie im Westen, eine Gemeinschaftsarbeit mit  
den Abnehmern geplant. In anderen Gebieten der Pflasterstein-  
und Schotterindustrie trägt man sich mit ähnlichen Gedanken, um  
auf diese Weise noch den letzten Versuch zur Verringerung der Notlage  
zu unternehmen.

Es ist zu erwarten, daß der Zwang der Verhältnisse dem Gemein-  
schaftsgedanken in der Industrie in Zukunft noch stärkere Stütze  
verleiht und die Einsicht fördert, daß eine Zusammenarbeit mit  
Verdienst der Bewahrung der vollkommenen Selbstständigkeit ohne  
Verdienst vorzuziehen ist. Tatsächlich haben in den letzten Jahren  
viele deutsche Steinbruchbetriebe durch eine verfehlte Preispolitik  
nur dem Abnehmer genützt, sich und der gesamten Industrie aber  
aufs schwerste geschadet.

Es ist im Interesse aller Werke nur zu hoffen, daß die An-  
sätze zu einer vernünftigen Preisverständigung sich weitere ent-  
wickeln und in allen Bezirken festen Fuß fassen mögen.

Mit dem Vorstehenden haben wir den größten Teil des ge-  
nannten Kapitels wiedergegeben, die darin gesperrten Stellen sind

## Für ein einheitliches Reichswegegesetz

Die Wegegesetzgebung bietet in Deutschland ein Bild unüber-  
sichtlichen Durcheinanders. Schätzungsweise existieren heute noch über  
200 verschiedene Wegegesetze und Wegeordnungen, davon stammen  
einige aus dem 18. und 17. Jahrhundert. Die leider noch be-  
stehende Kleinstaaterei hat auf diesem Gebiete früher die schönste  
Dorfpolitik gemacht. Bestand doch im Fürstentum Schwarz-  
burg-Sondershausen noch 1910 eine Verfügung, wonach  
das Autofahren auf den Landstraßen des Ländchens verboten sei,  
solange der Fürst im Lande war. In Sachsen gilt als grund-  
legendes Gesetz für den Wegebau noch heute das kurfürstliche Man-  
dat vom 28. April 1781. Alle diese Wegegesetze und Wegeordnungen  
sind natürlich längst überholt, für den gegenwärtigen Stand der  
Wegeunterhaltung, Bauweise und Verkehrsentwicklung buchstäblich  
ein Hemmnis. Trotzdem ruhen diese verstaubten Paragraphen  
auch heute noch in den Regalen auf den Amtsstuben der zustän-  
digen Behörden und werden angewandt. Die Reichs-  
verfassung bestimmt im Artikel 7 unter Ziffer 19, daß das Reich  
die Gesetzgebung habe über den Bau von Landstraßen. Es ist  
damit dem Reiche die Möglichkeit gegeben, ein allgemeines Wege-  
gesetz zu schaffen, und so dem Zustande der Unübersichtlichkeit ein  
Ende zu bereiten. Irgend welche Anlässe dazu zeigen sich noch nicht.  
Auch soll, wie von den Ländern immer betont wird, die Gesetz-  
gebungskompetenz des Reiches für dieses Gebiet nur in beschränk-  
tem Umfange bestehen.

Als einziger Staat hat in der Nachkriegszeit Thüringen im  
Jahre 1929 ein neues Wegegesetz geschaffen, das dem Zustande der  
in Thüringen aus dem Zusammenschluß der vielen kleinen Fürstentümer  
herrührenden Vielheit ein Ende gemacht hat. Es waren, um  
ein paar veraltete Bestimmungen zu erwähnen, ein Weimarer Re-  
gulariv über den Bau, Unterhaltung und Besserung der Straßen  
vom 10. April 1821, ein Meininger Landstraßengesetz von 1875,  
eine Geraer Wegeverordnung von 1829, eine Gotha'sche Kommunal-  
wegebauordnung von 1831, eine Greizer Wegeordnung von 1850  
u. s. w. zu beseitigen. Das neue Thüringische Wegegesetz  
drückt die Wegelast, und zwar müssen Gemein-  
de, Kreis und Land für die Wegeunterhaltung aufkommen.

In Preußen geht die Wegegesetzgebung in vielen Teilen des  
Landes bis zum 18. Jahrhundert zurück. Zum Teil gilt noch aus-  
sichtslos das allgemeine Landrecht von 1794, daneben in den  
Provinzen ein provinzielles Wegerecht und besondere Wegeord-  
nungen für die verschiedensten kleinen zerstückelten Landesteile.  
Man hat in Preußen seit 1808 versucht, ein Landesgesetz für die  
Wege zu schaffen, es ist aber nicht gelungen, die Entwürfe über  
die Ausschussberatungen hinaus zu bringen. Es haben elf Ent-  
würfe vorgelegen, und alle sind schließlich abgelehnt worden. Zu-  
letzt, nachdem alle Versuche im Sande verlaufen, hat man den  
Plan einer einheitlichen Regelung aufgegeben und ist dazu über-  
gegangen, Wegeordnungen für die einzelnen Provinzen erlassen  
zu lassen, die heute noch in Kraft sind. Die erste dieser Wege-  
ordnungen wurde für die Provinz Sachsen im Jahre 1891 er-  
lassen. Sie sollte nach der ausdrücklichen Erklärung des Staates  
auch für die anderen Provinzen die Grundlage bilden. Jedoch  
kamen die nächsten Wegeordnungen erst viele Jahre später her-  
aus, man hatte es nicht so eilig damit. Die Provinz Westpreußen  
erhielt 1905, Posen 1907 und Ostpreußen erst 1911 eine Wege-  
ordnung auf Grundlage der sächsischen Wegeordnung. Preußen hat  
also kein einheitliches Wegegesetz. Durch das Dotationsgesetz von  
1875 ist die Unterhaltung der Staatsstraßen den Provinzen über-  
tragen worden. Der Zuschuß des Staates schwankt jährlich zwischen  
19 bis 22 Millionen Mark, und ist heute nicht höher als in der  
Vorkriegszeit. Die Ausgaben der preussischen Provinzen für das  
Wegewesen und die staatlichen Leistungen an die Provinzen für  
diesen Zweck betragen in Mark:

Jahr	Gesamtausgaben	Staatliche Leistungen
1884	27 673 000	19 800 000
1903	36 457 500	21 998 500
1908	41 868 120	21 605 600
1913	44 962 430	19 998 630
1925	105 588 660	20 100 000
1926	152 290 000	21 000 000
1927	163 030 000	21 000 000

Für ganz Preußen gilt das Gesetz über Vorausleistungen für  
den Wegebau vom 25. November 1923 und weiter das Gesetz über  
die Reinigung öffentlicher Wege vom Jahre 1912. Sonst aber  
ist alles zerstückelt und die Organisation des Straßengewesens ist  
in den einzelnen Provinzen ganz verschieden. Im allgemeinen  
herrscht die Dreiteilung auf Provinz, Kreis und Gemeinde vor.  
In der Provinz Sachsen hat die Provinz viele Kreisstraßen über-  
nommen, im Regierungsbezirk Hessen-Kassel liegt die technische  
Leitung in den Händen der Provinz, im Regierungsbezirk Wies-  
baden unterhalten die Bezirksverbände die Straßen, die Gemeinden  
zahlen die Beiträge, ohne Zwischenschaltung der Kreise werden die  
Wegefragen erledigt in Hannover und Schleswig-Holstein. Die  
Verwaltung führt der Landeshauptmann, dem Provinzialbau-  
ämter zur Seite stehen. Nicht alle Kreise haben Kreisbauämter.  
Im Bezirksverband Hessen-Kassel gibt es 11, in Sachsen 9 Landes-  
bauämter.

In Bayern gibt eine größere Zahl von Gesetzen und Wege-  
ordnungen. Auch hier sind die Bemühungen, ein einheitliches  
einheitliches Wegegesetz zu erlassen, gescheitert. Vor dem Kriege  
hat man wiederholt den Vorstoß in der Richtung gemacht, vor-  
wärtskommen ist man aber nicht. Im Jahre 1906 hat die Re-  
gierung dem Landtag einen Entwurf vorgelegt, der eine Verein-  
heitlichung des zerstückelten Wegerechtes vorsah und dem Lande  
eine stärkere Macht geben wollte. Nach endlosen Debatten und  
langen Reden ließ man es wieder beim Alten. So unterscheidet  
man in Bayern: Staatsstraßen, Bezirksstraßen, Ortsstraßen und  
öffentliche Feldwege, deren Unterhaltung den Gemeinden obliegt.  
In Sachsen gilt, wie eingangs erwähnt, für die Staatsstraßen  
als grundlegendes Gesetz das kurfürstliche Mandat von 1781, und  
für den Bau und die Unterhaltung der nicht staatlichen öffent-  
lichen Wege das Gesetz vom 12. Januar 1870.

Hessen regelt den Bau und die Unterhaltung von Grund-  
straßen durch das Gesetz von 1896 mit Ergänzungen aus den Jah-  
ren 1901 und 1902. Die bisherigen Staatsstraßen mit Ausnahme

von uns hervorgerufen und unsere Leser werden bereits gemerkt  
haben, daß es jene Schriftsätze sind, in denen die Unternehmer neben  
dem Berechtigten sehr zu betreiben. Die schwebende Zoll-  
frage und die Lohnfrage ist in dem Unternehmerbericht der Kul-  
minationspunkt, um den sie sich dauernd drehen, wie in einem  
Rebelschwaben der Blick auf anderes nicht mehr zuläßt. Dann hän-  
gen dem Bericht einige Anlagen an, die ziffernmäßig das Gegen-  
teil beweisen, von dem, was in Buchstaben der Bericht der Mit-  
welt verkündet. Zum Beispiel die Normalstundenlöhne am 31. März  
haben nach dem Unternehmerbericht folgende schreckliche Höhe er-  
reicht: In Bonn 75-78 Pf., in Schlesien 60-68 Pf., im  
Dresdner Harzgebiet 71-81 Pf., im Bezirk Hannover-  
Kassel 68-85 Pf., im Bezirk Mannheim (Eifel, Odenwald,  
Rathe, Pfalz, Baden, Hanau) 65-89 Pf. und so ähnlich in der-  
gleichen Höhe in allen anderen Bezirken. Die niedrigsten Löhne  
gelten für Hilfsarbeiter, die höheren für Facharbeiter. Diese Löhne  
sprechen eine ganz andere Sprache, wie sie der Bericht beisteht, und  
wenn man nun daraus folgert, daß alle die übertriebenen Behaup-  
tungen in den Bericht auf gleichen schwachen Füßen beruhen, dann  
kann man die Besprechung des Berichtes getrost aufgeben und sagen:  
„Gemogen und zu leicht befunden!“ Ueber die tatsächliche Notlage  
in der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie wird durch  
solche Art einseitigen Bericht, in dem nur ganz allein die Angst  
um den weniger werdenden Unternehmerprofit herausleuchtet, in  
nicht beruflich eingeweihten Kreisen eine ganz andere Vorstellung  
erweckt. Günstig für die Behebung dieser tatsächlichen Notlage  
wird sie aber sicherlich nicht sein. In einem weiteren Artikel kom-  
men wir auf den sonstigen Inhalt des Unternehmer-Jahresberichts  
noch einmal zurück.

der Straßenbrücken über Rhein und Main werden Kreisstraßen,  
die vom Kreise verwaltet und unterhalten werden. Zu den Kosten  
der Unterhaltung der Kreisstraßen leistet der Staat einen Zuschuß  
von jährlich etwa eine Million Mark. Neben den Kreisstraßen  
bestehen Ortsstraßen, sonstige Verbindungswege und Feldwege, die  
von den Markungsinhabern unterhalten werden müssen. In  
Baden, wo man Landstraßen, Kreisstraßen und Gemeindegewege  
unterscheidet, wurde 1884 ein Straßengesetz und 1908 ein Orts-  
straßengesetz eingeführt, die beide eine Neuordnung des Wege-  
wesens brachten. In Braunschweig gilt die Wegeordnung  
von 1899 mit den Änderungen von 1908 und 1914. In  
Württemberg existieren noch veraltete Bestimmungen, so eine  
Ministerialverordnung von 1828 über die Baulast von Nachbar-  
schaftswegen, ein Gesetz von 1862 über die Feldwege und eine  
Wegeordnung von 1908.

An dieser Aufzählung der für die einzelnen Länder noch heute  
geltenden veralteten Bestimmungen ersieht man, daß auf dem Ge-  
biete des Wegewesens alles durcheinandergerät. Eine einheitliche  
Gesetzgebung gibt es überhaupt nicht, und selbst in den Provinzen  
arbeitet man nicht nach einheitlichen Richtlinien. Einige preu-  
sische Provinzen kennen nur Provinzialbauämter, andere wieder  
nur Kreisbauämter. Es versteht sich, daß sich daraus Widersprüche  
ergeben müssen.

Da nach der Verfassung das Reich die Möglichkeit hat, gesetz-  
geberisch einzugreifen, so sollte von Reichswegen aus auf die Aus-  
nutzung dieser Möglichkeit nicht verzichtet werden. Wenigstens  
wären einheitliche Richtlinien aufzustellen, auch könnten die Län-  
der durch Reichsgesetz verpflichtet werden, bis zu welchem Zeit-  
punkt und in welchen Zwischenräumen eine Erneuerung der Stra-  
ßen zu erfolgen habe. In den meisten außerdeutschen Ländern  
gibt es sogenannte Straßenbauprogramme, die bis zu einer be-  
stimmten Zeit die Erneuerung von so und soviel Straßen vorsehen  
und die Mittel dazu flüssig machen. In Deutschland haben wir  
nicht einmal eine genaue Uebersicht über die Ausgaben. Man  
nimmt ungefähre Zahlen an. Da das gesamte Landstraßennetz  
einer gründlichen Erneuerung bedarf, könnte, nein muß von Reichs-  
wegen hier doch etwas nachgeholfen werden.

## Volkswirtschaftlicher Raubbau

Die Rationalisierungsbestrebungen der industriellen und gewerb-  
lichen Unternehmungen sind im allgemeinen darauf gerichtet, die  
produktive Leistungsfähigkeit der Betriebe und Arbeiter zu steigern.  
Der Zweck dieses Vorgehens ist, die Produktionskosten zu senken,  
um einerseits die Gewinnrate des Unternehmens zu erhöhen, ander-  
seits die entgegenstehende Konkurrenz auf dem Warenmarkt aus  
dem Felde zu schlagen. Wo letztere auf dem Innenmarkt durch die  
innerhalb des letzten Jahrzehnts immer weiter ausgreifende Kar-  
tellierung und Fusionierung entweder ganz oder doch zum großen  
Teil ausgeschaltet wurde, kommt nur noch die Konkurrenz des Aus-  
landes in Betracht, zu deren wirksamer Bekämpfung außer der  
Rationalisierung die Zölle dienen müssen. Wir erleben dabei häufig  
das für diese Zollpolitik wenig erbauliche Schauspiel, daß das Aus-  
land auf diese Weise billigere Waren erhält als die inländischen  
Verbraucher. Das befällt nichts anderes, als daß die deutschen  
Steuerzahler und Verbraucher die von den Unternehmern betrie-  
bene Auslandskonkurrenz mit den von ihnen geforderten höheren  
Preisen bezahlen müssen.

Gegen die Rationalisierung der Betriebe haben die gewerkstäl-  
lich organisierten Arbeiter keine Einwendungen erhoben. Sie nimmt  
aber in ihrem Verlaufe Formen an, die zu lebhaften Bedenken An-  
laß geben, wofür nur auf die außerordentliche Zunahme der Un-  
fälle hingewiesen zu werden braucht. Diese Bedenken bestehen jedoch  
auch in anderer Richtung. Die bei der Rationalisierung der Betriebe  
angewendeten Methoden sind im allgemeinen technischer und organi-  
satorischer Art, das heißt sie laufen darauf hinaus, neue, bessere  
Maschinen anzuschaffen, die Arbeit an den Maschinen sowie die  
Zusammenarbeit der Arbeiter, Arbeitergruppen und Betriebs-  
abteilungen zweckentsprechender zu gestalten, Leerläufe zu beseitigen,  
neue Verfahren in die Produktion einzuführen sowie die persönliche  
Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch Arbeitsteilung, Kontrolle und  
Vereinfachung der einzelnen Arbeitsvorgänge, Verwendung moder-  
ner Werkzeuge u. s. w. zu heben. Gerade in letzterer Hinsicht kommen  
schon seit längerer Zeit Methoden in Anwendung, die sich in dem  
Raffinement, bei Ausführung der Arbeit jeden überflüssigen Hand-  
griff zu vermeiden und die menschliche Arbeitskraft bis zum letzten  
Rest auszunutzen, gegenseitig zu überbieten suchen.

Das auf einen solchen Erfolg hinführende Taylorsystem ist be-  
kannt. Mit Recht haben sich die Arbeiter gegen seine Einführung  
gewendet, weil sie sich nicht zu stumpfsinnigen Arbeitsautomaten  
herabdrücken lassen wollten. Diesem Widerstand ist es denn auch  
zuzuschreiben, daß sich dieses System in Deutschland nur in verhält-  
nismäßig geringem Umfange durchsetzen konnte. Doch die Unter-  
nehmer geben sich damit nicht geschlagen. Was ihnen auf dem durch  
Taylor gewiesenen Wege nicht gelang, suchen sie auf andere Weise  
zu erreichen. In neuerer Zeit sind es insbesondere zwei Systeme,  
die von sich reden machen und im wesentlichen das gleiche Ziel wie  
das Taylorsystem verfolgen: das **Bedanz-** und **Kassasystem**. Beide  
Systeme gleichen sich darin, daß sie auf der Zeitmessung für jeden  
einzelnen Arbeitsvorgang bis in seine kleinsten meßbaren Teile  
beruhen. Nur in der Bewertung der mittels Stoppuhren fest-  
gehaltenen Arbeitseinheiten weichen sie voneinander ab. Die für  
den Arbeitsvorgang festgestellten Zeiteinheiten bilden die Grund-  
lage der Lohnkalkulation.

Wie weit man dabei in der Kontrolle der Tätigkeit des Arbeiters  
geht, zeigt die Tatsache, daß man sich in einzelnen Betrieben schon  
nicht mehr mit der einzelnen Zeitmessung und Beobachtung begnügt,  
sondern in der Nähe der Arbeitsplätze Filmaufnahmeapparate auf-  
baut, die den Arbeitsplatz, den Werkstoff und den Arbeiter während  
eines längeren Zeitabschnitts filmen. Damit aber noch nicht genug,  
besteht man auch an den zu bewegenden Körperteilen, wie Hand-  
gelenk und Ellenbogen, elektrische Glühlampen und photogaphiert  
so die einzelnen Handbewegungen. Auf diese Weise sind die vorteil-  
haftesten Arbeitsbewegungen zu erkennen, die für die weitere Tätig-  
keit des Arbeiters festgelegt und in der Lohnberechnung berücksichtigt

werden. Gegenüber diesen Methoden ist das Taylorsystem eine  
Stümperei! Für die Arbeiter ergibt sich aber, daß sie jede Minute  
ihrer Arbeitszeit ausnützen müssen, in schärfster Weise angepannt  
und durch die übermäßige, ununterbrochene Anstrengung an ihrer  
Gesundheit empfindlich geschädigt werden.

Vorteile entstehen den Arbeitern aus dieser übermäßigen An-  
spannung ihrer körperlichen Kräfte nicht. Abgesehen von der vor-  
zeitigen Abnutzung ihrer Arbeitskraft entsteht für sie daraus auch  
der Nachteil einer größeren Existenzunsicherheit. Die solcherart ge-  
stellten Anforderungen sind nur von Arbeitern mit mindestens durch-  
schnittlicher Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Arbeitskräfte, die dar-  
unter stehen, scheiden aus. Ferner trägt der Umstand, daß der  
einzelne Arbeiter während der festgesetzten Arbeitszeit eine größere  
Stückzahl zu fertigen imstande ist, dazu bei, die Belegschaft zu  
reduzieren, denn die Unternehmer denken nicht daran, die Preise  
zum Zwecke einer Erhöhung der Nachfrage zu senken. Vielmehr  
nehmen sie die durch Intensivierung herbeigeführte Verminderung  
der Produktionskosten als ihren ausschließlichen Gewinn in An-  
spruch und werfen die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte rüd-  
sichtslos auf die Straße. Die Folge ist die fortgesetzte Zunahme der  
Arbeitslosigkeit.

Mit diesen Erfolgen des an der menschlichen Arbeitskraft be-  
triebenen Raubbaus sind die Rationalisierungsfanatiker aber noch  
nicht zufrieden. Es wird von ihnen nach weiteren Mitteln gesucht,  
die Ausbeutung zu verschärfen. In dieser Hinsicht verdient eine Ab-  
handlung des Oberingenieurs W. Neumayer und Dr. Schwenger  
in Nr. 3 des „Magazins der Wirtschaft“ Beachtung, wie man nach  
der lohnrechtlichen Seite zu noch besseren Produktionsergebnissen  
gelangen kann. Die genannten Verfasser gehen hierbei von der  
Ansicht aus, daß bei den seit der Anwendung gebrachten Rationali-  
sierungsmethoden überwiegend nur die arbeitsrechtliche Seite, nicht  
aber auch das menschliche Element, also die psychologische Seite des  
Arbeiters berücksichtigt wurde. Aus diesem Grunde empfehlen sie  
eine neue Entlohnungsmethode, deren Einzelheiten auf eine Ver-  
feinerung des Akkordlohnes abzielen. Dabei soll der Aufbau des  
Lohnes auf genauen Zeitstudien beibehalten, seine betriebspolitische  
Auswirkung dagegen verbessert und sichergestellt werden.

Nicht mit Unrecht bemängeln die Verfasser, daß mit dem Akkord-  
lohnsystem und den damit in Verbindung gebrachten Antriebs-  
mitteln nur sehr begrenzte Leistungen zu erzielen sind, weil in  
Deutschland der Akkordlohn üblicherweise prompt reduziert wird,  
wenn der erzielte Arbeitsverdienst etwas über den Durchschnitt  
steigt. Hierdurch gehe nicht nur bei dem Arbeiter der psychologische  
Anreiz verloren, die gegebenen Verdienstmöglichkeiten voll auszu-  
schöpfen, sondern werde auch eine gefährliche Mißtrauensbildung  
in Betriebe verursacht. Ferner nehme die bisherige Form der  
Akkordlohnung auf die Zusammenarbeit der Belegschaft nicht  
genügende Rücksicht. Schließlich gewähren die Betriebsleistungen im  
allgemeinen von vornherein nur eine sehr begrenzte Ueberschreitung  
der Grundlohnsumme. Um diese Mängel zu beseitigen, werden möglichst  
stabile Akkorde gefordert, die individuelle Ueberschreitung zulassen.  
Außerdem sollen nicht nur die produktiven Arbeiter, sondern auch  
die Angestellten und Meister an der Mehrarbeit der einzelnen Ab-  
teilungen und Arbeitsgruppen beteiligt werden. Für die Meister  
wird ferner noch eine besondere Vergütung für Einsparungen an  
den Abteilungskosten empfohlen.

Als Ergebnis der neuen Lohnmethode wird in Aussicht gestellt,  
daß die Individualität des Arbeiters wieder zur vollen Geltung  
komme. Er würde sich als leistender anerkannt und aus der Menge  
hervorgehoben fühlen. Ähnlich bekomme der Meister durch das  
neue System erst seine sinnvolle Einordnung in den Betrieb, indem  
er nicht mehr die Stellung eines problematischen Zwischengliedes  
von Belegschaft und Betriebsleitung bekäme. Hieraus entspreche für  
alle Teile eine automatische Anteilnahme an den Vorteilen der  
Rationalisierung. Die Harmonie der Interessen zwischen Kapital  
und Arbeit werde verwirklicht und so im Grunde genommen die  
so lange vergeblich angestrebte Lösung der sozialen Frage in ein-  
facher Weise herbeigeführt.

Dieser Optimismus ist offenbar gut gemeint, doch ist nicht darauf  
zu rechnen, daß damit eine befriedigende Lösung der Rationali-  
sierungs- und Lohnfrage, geschweige denn mehr erreicht wird. Bei  
der von den Unternehmern gezeigten sozialen Verständnislosigkeit  
fällt es ihnen gar nicht ein, den Arbeitern freiwillig einen größeren  
Lohnanteil einzuräumen. Was hier vorgeschlagen wird, ist ja nichts  
Neues. Zum erheblichen Teile sind schon die bisher zur Anwendung  
gebrachten Lohn- und Prämienysteme darauf zugeschnitten, die  
Arbeiter durch besondere Lohnvorteile zur Entfaltung der höchsten  
Leistungsfähigkeit anzuspornen. Nur erzielen die Arbeiter — wie  
die Verfasser zutreffend feststellen — keinen Vorteil daraus. Was  
ihnen bleibt, ist nur eine Mehrverausgabung von Arbeitskraft, die  
nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden kann. Hieran wird sich  
auch in Zukunft nichts ändern. Das beweisen die Erfahrungen auf  
tariflichem Gebiete. Die Tariflöhne sind Mindestlöhne, bieten also  
den Unternehmern Gelegenheit, besondere Leistungen mit höheren  
Löhnen zu belohnen. Das geschieht jedoch nur in verhältnismäßig  
geringem und durchaus unzulänglichem Umfange, weil die Unter-  
nehmer jeden durch besondere Leistung über den Durchschnitt ge-  
zahlten Mehrverdienst als einen Gewinnverlust betrachten.

Wie die Durchführung der vorgeschlagenen lohnrechtlichen Ratio-  
nalisierung in der Praxis aussehen würde, zeigt das von dem  
tschechischen Schuhindustriellen Bata angewendete System, das mit  
den Vorschlägen von Neumayer und Schwenger nach verschiedenen  
Seiten gewisse Ähnlichkeiten aufweist. Nach dem Bata-System be-  
finden sich Arbeiter und Meister der einzelnen Abteilungen des  
Betriebes in der Stellung selbständiger Unternehmer, die zudem  
an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sind. Theoretisch  
eröffnen sich ihnen scheinbar wesentliche Verdienstmöglichkeiten.  
Praktisch unterliegen jedoch Arbeiter wie Meister der schlimmsten  
Ausbeutung, weil die Durchschnittslöhne außerordentlich niedrig  
sind und ihre wesentliche Ueberschreitung nur durch größte körper-  
liche Anstrengung und weitgehende Ueberschreitung der normalen  
Arbeitszeit möglich ist. Auf das gleiche Laufen die neuen lohnrecht-  
lichen Rationalisierungsvorschläge hinaus, die deshalb die An-  
erkennung der Arbeiter nicht finden können. Die Ausbeutung der  
menschlichen Arbeitskraft ist durch die stattfindende Rationalisierung  
der Betriebe nachgerade an einem Punkte angelangt, der nicht über-  
schritten werden darf. Sie artet zunehmend zum volkswirtschaftlichen  
und gesundheitlichen Raubbau aus, dessen weiterer Steigerung die  
Arbeiter den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen müssen. Aber  
auch der Staat hat alle Ursache, dieser Entwicklung nachzugehen und  
dafür zu sorgen, daß sie nicht in noch schlimmerem Maße soziale  
Schädigungen hervorruft, als es bereits geschehen ist. Mit.

## Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber:  
„... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheits-  
gefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichts-  
beamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen  
bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und  
Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung  
der gewerbetypischen Bestimmungen und der Unfall-  
verhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes  
in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbear-  
beitung und im Steinstraßenbau energisch wahrgenommen,  
vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.

Das Jahrbuch 1929 unseres Verbandes kam an die Zahlstellen zum Versand! Die Auflage ist gering bemessen mit Rücksicht auf die Kosten und auf die gegenwärtige Lage, so daß nicht jedes einzelne Mitglied ein Jahrbuch bekommt. Doch wer Interesse für den Inhalt hat, wird von dem Zahlstellenvorstand ein Exemplar mit Sicherheit erhalten können. Nach dem Studium gibt man das Jahrbuch des Verbandes an andere interessierte Kollegen weiter.

Ein solcher gedruckter Geschäftsbericht wie über das Jahr 1929 wird auf Beschluß des Berliner Verbandstages jezt jährlich vom Verbandsvorstand herausgegeben und damit einem alten Nebenstand abgeholfen; denn bisher wurde ein solcher Bericht nur herausgebracht über die Periode von Verbandstag zu Verbandstag. Wobei viel überholtes den Mitgliedern nochmals vorgetragen werden mußte. Nunmehr beginnt und schließt das Verbandsjahrbuch mit dem Kalenderjahr; wodurch es an und für sich lesenswerter wird. Das vorliegende erste Jahrbuch ist durchaus kein üblicher trockener Geschäftsbericht, ausgefüllt mit Tabellen und Zahlenreihen, der gelangweilt durchblättert wird und infolgedessen nur von wenigen gelesen wird und Beachtung findet, sondern er ist ein klares Spiegelbild dessen, was die Gesamtheit der Arbeiter und Steinarbeiter und Steinseher nebst ihren Helfern im Jahre 1929 besonders berührt hat.

Der Redaktion liegt noch ein anderer Jahresbericht vor, und zwar jener des „Reichsverbandes der Plasterstein- und Schotterindustrie“. Die Würdigung dieses Berichtes beginnt in der vorliegenden Steinarbeiter-Ausgabe und wird in der nächsten fortgesetzt. Gewiß behandelt dieser Bericht nur ein Teilgebiet aus der gesamten vielseitigen Natursteinindustrie und ist nur für Unternehmer und deren weitere Kreise geschrieben, aber dennoch reißt er zu einem Vergleich mit dem Bericht unseres Verbandes an. Abgesehen von der Aufmachung und Stoffgliederung, wobei unser Jahrbuch durchaus nicht zulezt kommt, spiegelt das der Unternehmer die Sorge um den schwindenden Profit wider, und diese Sorge macht keinen Halt, kennt keine Grenzen im Hinblick auf den hohen Arbeitslohn und in der sozialen Staatspflicht für den heillosen, von der Hand in den Mund lebenden Arbeiter. Für ihn, der doch das Rückgrat eines Betriebes ist, wird kein Federstrich im Unternehmerbericht verborgen; im Gegenteil, seine Bestrebungen, Ansichten und Handlungen, die im Steinarbeiterverband ihren Niederschlag finden und dessen Taktik bestimmen, sind unrichtig, sind nicht erträglich, weil — nun weiß sie den Verdienst des Unternehmers bedrohend und schmälern könnten. Das ist das A und O in dem erwähnten Bericht. Das soll kein Vorwurf sein, sondern ist nur die Konstatierung von Tatsachen nach der materialistischen Auffassung alles Geschehens, die gerade von jenen Kreisen in der Theorie überlegen verneint wird, doch in der Praxis bei jeder Handlung offen oder versteckt zum Ausdruck kommt.

Dagegen ist unser Jahrbuch im Inhalt ein Beweis von den vielseitigen Aufgaben und Leistungen für die Lebensmöglichkeit der Verbandsmitglieder und im weiteren für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft in der Steinindustrie und im Straßenbau; ist ein Beweis darüber, wie sie Schritt für Schritt um ihre gesetzlichen Rechte, um ihre bescheidenen Löhne, um ihre Wertung als vollgültiger Mensch, mit einem Wort, um ihr kümmerliches Dasein dauernd kämpfen und streiten müssen. Aus unserem Jahrbuch geht aber auch hervor, daß manche Vorkommnisse in der Steinindustrie, bei denen Unternehmer und Arbeiter im Selbsthaltungstrieb zusammengehen, von den Unternehmern eine ganz andere Darstellung erfahren, als wie es nach Entstehung und Entwicklung der Dinge richtig ist. Doch das soll uns durchaus nicht anfechten, denn es geht ja um die Sache, und da ist es für uns minder wichtig, wer seinen Gut mit einer verkehrten Feder zu schmücken versucht.

Das Jahrbuch unseres Verbandes enthält eine Fülle von Material, das, richtig gelesen und ausgewertet, die Agitation nach allen Seiten beleben und befruchten kann. Die Redaktion wird in kommenden Nummern an dieser Stelle in kleinen Abschnitten das Wesentliche aus dem Jahrbuch wiedergeben. Vorerst mag die nachstehende Uebersicht aus dem Inhaltsverzeichnis die Mitglieder unterrichten über das, was das Jahrbuch auf 190 Seiten berichtet:

**Wirtschaftliches:** Arbeitslosenziffern, Kurden und Tabellen — Stimmen aus dem Unternehmerlager über die Natursteinindustrie — Sonstiges aus dem Unternehmerlager — Arbeits- und Kampfgemeinschaft — Fortsetzung der Unternehmer-Konzentration — Rentabilitätstabelle einiger Aktiengesellschaften in der Steinindustrie — Einige Nationalisierungsergebnisse in der Steinindustrie — Die Basalt-A.-G. Linz am Rhein und ihre Tochtergesellschaften — Der Außenhandel — Deutschlands Außenhandel mit Schweden — Die Natursteine im deutschen Güterverkehr — Betriebsorte der sächsischen Wegebaustoffindustrie.

**Soziales:** Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — Sonderregelung für den Fall der berufsbildigen Arbeitslosigkeit — Krisenunterstützung — Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

**Organisatorisches:** Mitgliederbewegung im Jahre 1929 — Das neue Verbandsplakat — Mitgliederbewegung der zulezt verflorenen 10 Jahre — Lohn- und Tarifwesen (mit mehreren Tabellen) — Unsere Lohnbewegungen — Kasfenbericht — Neue Regelung zur Auszahlung der Reiseunterstützung — Vom Verband sozialer Baubetriebe.

**Gesundheitswesen:** Krankheit und Sterblichkeit — Gesundheitschutz und Unfallverhütung — Untersuchungsergebnisse Prof. Koelsch und Dr. Kaestle — Sterblichkeitsstatistik des Kollegen Hans Fikthum, Reinersreuth — Erhebungen des vorläufigen Reichswirtschaftsstatistates betr. § 7 der Arbeitszeitverordnung — Aus den Berichten der Steinbruchsberufsgenossenschaft — Altersgliederung nach der Berufszählung vom 16. Juni 1925.

Der Berliner Verbandstag — Abwehrmaßnahmen gegen kommunistische Zerfetzungsbestrebungen — Personelle Veränderungen — Jubilare im Verbands — Von der Redaktionsarbeit im Jahre 1929 — Gauberichte — Internationales.

**Fürstenzell.** Am 22. Mai fand in der Restauration in Gurlarn eine Versammlung statt, in der Kollege Neumüller aus Leipzig und Bezirksleiter Haufe in der erschienen waren. Die Einladung erfolgte durch Anschlag und durch Handzettel. Erschienen waren ungefähr die Hälfte der im Betrieb Beschäftigten. Kollege Neumüller hielt ein Referat über die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie und unser Verband. Es konnte festgestellt werden, daß die Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurden und allseitige Zustimmung fanden. Den Unorganisierten redete H. kräftig ins Gewissen. In der Aussprache wurde von einem früheren Mitglied dem Vorsitzenden, als er die Kollegen zum Organisationsbeitritt aufforderte, zugerufen: „Wir schädigen euch so nicht!“ Auf diesen Zuruf stellte Kollege Neumüller fest, daß sich ein Unorganisierte finanziell durchaus nicht besser stellt, als ein Organisierte und gab auch zu verstehen, daß bei uns keiner gezwungen werden sollte, sich anzuschließen, denn ein überzeugtes Mitglied leistet mehr für den gesamten Verband als ein gezwungenes. Kollege Haufe gab dann auch noch einige Aufklärungen. Zum Schluß gab der Vorsitzende über den Verlauf der Versammlung die vollste Zufriedenheit kund, es möchte sich der Kollege Neumüller doch wieder einmal sehen lassen. Wir glauben örtlich, daß dann der Besuch der Versammlung ein viel besserer sein wird.

Hauzenberg. Um zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den daraus für die Kollegen entstehenden Folgen Stellung zu nehmen, hatte die Zahlstellenverwaltung die Kollegen für Sonnabend, den 14. Juni, zu einer Versammlung, eingeladen. Kollege Gauleiter Schmidt legte den Kollegen in längerer Ausführungen dar, wie die neue sozialistenreine Reichsregierung durch die Einführung neuer Steuern und durch die weitere Anziehung der Zölle, durch die Lebenshaltungskosten noch mehr in die Höhe treibt und wie die gleiche Reichsregierung durch den aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangenen Reichsminister Stegerwald die Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht durch Lohnerhöhung, sondern durch einen Abbau der Löhne auszugleichen versucht. Steigerung der Lebenshaltungskosten durch Einführung neuer Steuern und auf der anderen Seite ein Abbau der Löhne, das ist jezt die von den christ-

lichen Gewerkschaften gestützte Politik der neuen Reichsregierung. Kollege Schmidt legte weiter dar, welche Wirkungen diese Maßnahmen der Reichsregierung auf das gesamte Unternehmertum ausübt und wie außerordentlich schwer wir als Gewerkschaften gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer auf der ganzen Linie zu kämpfen haben. Die Lohnabbauwünsche der Unternehmer des Bayrischen Waldes wurden dabei einer besonderen Kritik unterzogen. Mit dem Hinweis, daß es viel leichter ist, bei guter Geschäftslage einen Tarifvertrag abzuschließen, als bei schlechter Geschäftslage die Tarifverträge aufrechtzuerhalten, und daß heute zur Aufrechterhaltung der bestehenden Tarifverträge eine gute Organisation notwendiger denn je ist, schloß Kollege Schmidt seine Ausführungen. In der sehr ruhig und sachlich geführten Aussprache wurden die Ausführungen des Kollegen Schmidt von allen Rednern restlos gebilligt. Zur Beilegung von Streitfällen lokaler Natur gab Kollege Schmidt die notwendigen Anregungen und schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung mit der Aufforderung, trotz der schlechten Geschäftslage in der Agitation nicht zu erlahmen und jede Gelegenheit zur Stärkung unseres Verbandes zu benützen.

Anschließend an diese Versammlung fand am darauffolgenden Sonntag eine von der christlichen Organisation veranstaltete Kundgebung zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung statt. Auf den Einladungen zu dieser Veranstaltung hatten die Verfechter der christlichen Wahrheit den größten Unfimm verzapft. Um diesen Unfimm richtigzustellen und die Teilnehmer an dieser Kundgebung über die wahren Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise aufzuklären, wurden auch unsere Kollegen zur Teilnahme an dieser Kundgebung aufgefordert. Wer aber glaubte, eine klare Darstellung über die wahren Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise durch diese Kundgebung zu erfahren, mußte eine sehr bittere Enttäuschung erleben. Die Kundgebung selbst wurde durch den Bezirksleiter Gastingen mit dem Hinweis eröffnet, daß Herr Wettenmann als Gauleiter des christlichen Berufsverbandes eine „Vorstellung“ über die Lage der Steinindustrie, Herr Fromm, als Vertreter des christlichen Verbandes, ein Referat über die Wirtschaftslage im allgemeinen erstatten wird und daß anschließend an die Ausführungen der Referenten die Vertreter der Behörden zu Worte kommen und die Kundgebung mit der Annahme einer Resolution geschlossen wird. Diese Eröffnung der Kundgebung gab dem Gauleiter Kollegen Schmidt Veranlassung, in der Geschäftsordnungsdebatte darauf hinzuweisen, daß schon die in der Einladung aufgestellten unfinnigen Behauptungen eine Aussprache notwendig machen und daß ferner mit Rücksicht auf die zu behandelnden Fragen eine Diskussion unvermeidlich ist. Gastingen blickte darauf seine Getreuen erschrocken an, der Standpunkt des „Herrn im Hause“ wurde herausgestellt und im ersten Schulmeistertrone wurde unserem Kollegen Schmidt erklärt, daß eine Diskussion nicht zugelassen wird. Kollege Schmidt gab darauf die Erklärung ab, daß wir es ablehnen, uns stundenlang in den Reden zu lassen, ohne daß man uns erlaubt, in der Aussprache darauf zu antworten und verließen wir darauf das Versammlungslokal. Die Herren Vertreter der christlichen Fakultät waren sich darüber klar, daß ihre demagogische Heise gegen die freie Arbeiterbewegung durch eine Aussprache wie ein Kartenhaus zusammenbricht und dieser Zusammenbruch mußte durch die Verhinderung einer jeden Aussprache einfach vermieden werden. Zur Sache selbst wollen wir nur bemerken, daß auch im Bayrischen Wald jeder Steinarbeiter darüber unterrichtet ist, daß durch eine Versammlung in Hauzenberg niemals Arbeitsgelegenheit für einen ganzen Industriezweig geschaffen werden kann.

Solange der bayrischen Regierung und damit auch der obersten bayrischen Baubehörde jedes Verständnis für die Notlage der Steinindustrie vollständig abgeht, solange diese reaktionäre bayrische Regierung auch noch von den christlichen Gewerkschaften gestützt wird, solange werden auch alle Notrufe der Steinarbeiter des Bayrischen Waldes ungehört verhallen, solange haben auch besondere Veranstaltungen zur Hebung der Wirtschaftslage ihren Zweck von vornherein verfehlt.

Es ist Demagogie im wahren Sinne des Wortes, wenn sich die christlichen Gewerkschaften in Bayern an einer Regierung beteiligen, der wie gelagt jedes Verständnis für die Steinindustrie abgeht, und wenn dann diese gleichen christlichen Gewerkschaften die Notlage der Steinarbeiter dazu benützen, durch besondere Veranstaltungen unsere Bewegung für die Sünden im christlichen Lager verantwortlich zu machen. Diese bittere Wahrheit durfte in der Kundgebung natürlich nicht zum Ausdruck gebracht werden und daher mußte unseren Vertretern gleich von vornherein das Wort abgeschnitten werden. Die durch Arbeitslosigkeit und schlechte Entlohnung erzeugte Erbitterung der Steinarbeiter des Bayrischen Waldes wird also von den christlichen Gewerkschaften dazu benützt, die freie Gewerkschaftsbewegung und deren politische Vertretung als den Sündenbock an der heutigen Wirtschaftslage hinzustellen, um auf diese Weise für die christliche Gewerkschaft Fischfang zu treiben. Wie lange werden sich die Steinarbeiter des Bayrischen Waldes ein derartiges Treiben wohl noch gefallen lassen?

## Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1930

Einnahme:	
Eintrittsgeld	1907.10
Beiträge	292 781.30
Erwerbslofenmarken	28 978.30
Ertraiteuermarken (Kampffonds)	95.00
An die Zahlstellen geliefertes Material	4 719.10
Abonnements und Inserate	2 509.30
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dera.	65 554.86
Kontozahlung der Zahlstellen auf 2. Quartal 1930	17 945.16
Summa:	414 519.12

Ausgabe:	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Gauleitungen	47 416.08
b) Zentralvorstand	17 197.38
c) Zuschuß für Lokalangestellte	41 702.34
d) Lohnverhandlungen und -bewegungen	1 239.55
e) Tarifansetzungen, Tarifberatungen (Reichs- und Bezirksstarke)	1 805.43
109 360.78	

Für Unterstützungen:	
a) Erwerbslofenunterstützung am Ort	152 639.75
b) " " auf der Reise	403.70
c) " " bei Krankheit	26 448.95
d) Streikunterstützung	42 355.15
e) " " für andere Verbände	00.00
f) Gemahregeltenunterstützung	1 785.35
g) Umzugsunterstützung	130.00
h) Sterbeunterstützung	5 209.50
i) Notfallunterstützung	7 145.00
k) Rechtschutz	8 409.05
244 526.45	

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	23 541.85
b) Referierungsbeiträge	5 505.13
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	414.40
d) Verbandsauschüß	75.00
e) Mantelgeld	75.00
29 611.38	

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Büromiete, Heizung, Reinigung, Licht	2 499.69
b) Telefon, Schreib- und Postmaterial	1 161.70
c) Porto, Bestellgeld, Straßporto	2 536.50
d) Neuankäufe und Reparaturen	4 484.08
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinderarbeit, Stempel	1 884.70
f) Steuern, Versicherung, sonst. Unkosten	6 193.58
g) Postfachgebühren	45.44
h) Sonstige Ausgaben	7 405.36
26 211.05	

Für Verbandszeitung:	
a) Redaktion	1 719.15
b) Honorar für Mitarbeiter	1 686.90
c) Druckkosten und Papier	24 880.50
d) Expedition	720.00
e) Porto, Bestellgebühren	10 064.25
f) Adressen und Postmaterial	14.00
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	45.72
h) Abonnementsgelder zurück	307.50
i) Gerichtslofen	00.00
39 438.02	

Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen:	
Kulturbeitrag und Unterrichtsliste	6 543.10
6 875.98	

Sonstige Ausgaben:	
Beitrag an den DGB	5 021.55
Beitrag an das internationale Sekretariat	00.00
Delegationen und Konferenzen	4 581.35
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1929 zurück	4 364.44
13 967.34	

## Bilanz.

Bestand am Schluß des 4. Quartals 1929	2 587 685.46
Einnahme im 1. Quartal 1930	414 519.12
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1930	3 002 204.58
Ausgabe im 1. Quartal 1930	469 991.00
Bestand am Schluß des 1. Quartals 1930	2 532 213.58

Davon waren beim Abschluß in	
der Hauptkasse	2 467 799.86
den Gaukassen	23 474.10
den Lokalkassen	40 939.62
2 532 213.58	

Leipzig, den 28. Mai 1930. Ludwig Geist, Kassierer.  
Die Revisoren: ges. Max Scholich, Alfred Oswald, Xaver Straßberger

## Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1930

Einnahme:	
An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	40 939.62
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	72 481.80
Sonderzuschlag auf die Beitragsmarken	14 050.15
Sonstige Einnahmen	23 544.00
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	4 364.44
Summa:	155 380.01

Ausgabe:	
Erwerbslofenunterstützung am Ort	22 038.70
" " auf der Reise	3 645.80
" " bei Krankheit	10 603.10
Streikunterstützung	1 181.37
Gemahregeltenunterstützung	32.20
Sterbeunterstützung	1 586.40
Notfallunterstützung	5 830.35
Umzugsunterstützung	00.00
Rechtschutz	584.49
Verwaltung (persönliche)	33 597.21
(sachliche)	26 291.80
Agitation	6 467.69
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	18 270.59
Delegationen und Konferenzen	12 203.86
Sonstige Ausgaben	10 590.61
Guthaben bei der Hauptkasse	17 945.16
Bestand der Hauptkasse zurück	88 975.66
Summa:	259 844.99

## Bilanz.

Bestand am Schluß des 4. Quartals 1929	576 243.27
Einnahme im 1. Quartal 1930	155 380.01
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1930	731 623.28
Ausgabe im 1. Quartal 1930	259 844.99

bleibt Bestand am Schluß des 1. Quartals 1930	471 778.29
Davon gehören der Hauptkasse	40 939.62

bleibt Bestand der Lokalkassen	430 838.67
--------------------------------	------------

Ludwig Geist, Kassierer.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- Sperret:**
1. Gau: In Berlin die Firma Redmann, Berlin-Pankow, für Steinarbeiter. Tariffreitigkeiten, kein Arbeitsangebot der Firma annehmen!
  2. Gau: In Hohenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.
  3. Gau: In Goslar bei Großpostwitz Sa. der Betrieb der Firma Max Gedan; sie bezahlt unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein. — In Rössen das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Achilles für Steinmetzen und Bildhauer wegen Maßregelung.
  4. Gau: In Gsteinach im hiesigen Granitwerk wurde 22 Kollegen, darunter ein Lehrling, gekündigt, weil sie Überstunden zu schieben verweigert haben. Der Betrieb ist selbstverständlich zu meiden.
  5. Gau: In Bremen sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Abbruch der Tarifverhandlungen, wodurch tariflosler Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starke und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungs-Instituts. — In Bad Odesloe die Tiefbau-firma Schulz. (Dort bekommen die Steinseher und Berufsgenossen keinen Lohn). — In Cursbed-Neuengamme die Firma Gustav Jans (Straßenbau), zahlt nicht nach Tarif.
  6. Schweiz: In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen ernstest Differenzen kein Steinmetz oder Schleifer zureisen.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

# Rundschau

**Unternehmer-Schmus.** Durch Zufall erhalten wir Kenntnis von dem Rundschreiben eines größeren Marmorwerkes an seine Rundschau (der Name mag unerwähnt bleiben) worin es mitteilt, daß wegen „Lohnunterschieden“ seine Betriebe zum Stillstand gekommen sind. Soweit wir davon unterrichtet sind, wurden diese „Differenzen“ von der Werkleitung direkt vom Zaune gebrochen. Wahrscheinlich wurde das so gedreht, weil man wußte, daß die Arbeiter nicht mitmachen können, wenn sie nicht langsam verhungern wollen. Eine Stilllegung des Werkes aus solchen „Lohnunterschieden“ heraus, macht nach außen immer einen anderen Eindruck als die wahren Ursachen. Interessant und empörend zugleich ist nun weiter in dem Rundschreiben, wie dieses Werk an die bisherigen Abnehmer Propaganda macht für den Abzug seines Rohmaterials mit folgendem Wortlaut: „Da Sie hierdurch in die Lage versetzt werden, Ihre alte bewährte Arbeitererschaft im Bestreben zu behalten.“ Diese Pharisäerart des stillgelegten Marmorwerkes stinkt direkt zum Himmel, denn was es für seine alten, bewährten Arbeiter durchaus ablehnt, wird anderen Unternehmern warm empfohlen. Das ist schon allerhand an Unehrllichkeit, ist, zart ausgedrückt, nur Schmus, um die lagernden Klamotten loszuwerden, die „alte bewährte Arbeitererschaft“ der anderen Unternehmer wird nur in den Vordergrund gerückt wegen des Verdienstes am Rohmaterial. „s Geschäft bringt's mal so mit sich!“

**Arbeitsunlust oder Berufsfreude?** Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder Berufsfreude führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Heilmittel werden die Wertgemeinschaften gepriesen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlten bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsunlust oder Berufsfreude?“ auszuschreiben, dessen nähere Bedingungen im Juliheft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 Mark an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeitererschaft auf das Ergebnis dieses Preiswettbewerbs gespannt sein, wiewohl auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfreude“ eine Rolle spielt.

**Ausgewanderte Milliarden.** Alle möglichen Mittel werden versucht, um Geld aus dem Auslande heranzuziehen. Doch bis jetzt hat dies nur wenig genützt. Wohl fließt Auslandsgeld wieder verstärkt herein, aber diese Summen genügen nicht, um wichtige Wirtschaftszweige zur Entfaltung zu bringen. Angesichts dessen wirkt es wie ein Hohn, wenn der Reichsarbeitsminister anlässlich der Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände davon Mitteilung machte, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital bis 8 Milliarden zu schätzen ist. Man halte sich einmal vor Augen, welche belebende Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft zu spüren wäre, wenn die deutschen Prozentpatrioten ihr Geld nicht ins Ausland geschafft hätten. Der Grund hierfür liegt klar zutage. In Deutschland sind die Steuern höher als in dem neutralen Ausland. Es geht mit dem Gelde so ähnlich wie mit dem Fremdenbesuch, man sucht es durch allerhand günstige Manipulationen heranzuziehen. Und da das Ausland, namentlich Holland, Luxemburg und die Schweiz dem Kapital günstigere Bedingungen bieten, deshalb fließt es dahin, wo weniger Belastungen zu befürchten sind. Es muß aber für alle Zeit angeprangert werden, daß deutsche Kapitalisten gerade in der schwierigsten Zeit ihr Vaterland im Stich gelassen haben und mit dazu beitragen, die Wirtschaft hierzulande in Unordnung zu bringen. Die Arbeitererschaft jedenfalls wird sich das merken. Die deutsche Regierung wird mit ihren Maßnahmen die ausgewanderten Milliarden zurückzuholen, nur wenig Glück haben.

## Adressenänderungen

1. G a u: Darlehnen. Kass.: Eduard Gruber, Gudwaller Straße 41.
6. G a u: Weiterdingen. Vorj.: Andreas Kroiß, Sennhof, Post Weiterdingen. Kass.: Alfred Wid.
7. G a u: Bayreuth. Kass.: Georg Nügel, Bayreuth-Alfstadt, Bamberger Straße 13, I.

## Briefkasten

In Nr. 25 vom 21. Juni wurde versehentlich für die Jugendseite der Kopf „Unterhaltungsbrocken“ genommen. Das ist schließlich kein Beinbruch, aber dennoch unangenehm. Unsere jugendlichen Kollegen werden das wohl schon selbst gemerkt haben. An dem Seiteneinhalt ändert es allerdings nichts. Soll aber nicht wieder vorkommen.

IV. Erhalten, kann aber damit nichts anfangen.

**Fahrgeld sparen**



**LINDCAR**

**fahren**

Kleinste Wochen- oder Monatsraten

**LINDCAR-FAHRRADWERK**

AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin - Lichtenrade.

Unternehmen d. Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

**Sprachkurse.** Anfang Juli beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre, „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufsätzen.

Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose Kurssteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

## Vier Jahrzehnte Fabrikarbeiterverband

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands feiert am 29. Juni 1930 sein vierzigjähriges Bestehen. Seine Gründung erfolgte in jenen Tagen, als das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, das alle früheren Versuche der gewerkschaftlichen Organisation der „Fabrik- und Handarbeiter“ zerstückelt hatte. In einer Reihe von Industriestädten kam es zur Gründung lokaler Fachvereine für ungelernete Arbeiter. Sie strebten nach einer zentralen Zusammenfassung der in örtlichen Vereinen zerstückelten Kräfte. Zu diesem Zweck berief der Genosse August Lohrbach, Hannover — später Geschäftsführer der hannoverschen Parteizeitung und auch jetzt noch als Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hannover tätig —, einen „Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands“ nach Hannover ein. Auf diesem Kongress, der vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 im historischen Ballhof in Hannover abgehalten wurde, wurde der „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ gegründet.

Den Gründern der Organisation schwebte eine allgemeine Berufsorganisation der „ungelernten“ Industrie- und Landarbeiter als organisatorisches Ziel vor. Nach dem 1. Statut sollten nur Mitglieder aufgenommen werden, „die kein bestimmtes Handwerk betreiben“. Die Verbandsleitung erkannte sehr bald, daß ein allgemeiner Verband der Ungelernten für die Dauer eine gewerkschaftliche Unmöglichkeit sei. In dem ersten 1/2 Jahrzehnt seines Bestehens blieb es allerdings der Fabrikarbeiterverband zwangsläufig, weil zahlreiche Berufsverbände die Hilfsarbeiter nicht aufnahmen. Erst als diese gewerkschaftlichen Kinderkrankheiten überwunden waren, als die organisatorische und die gewerkschaftliche Entwicklung über die Trennung von „Gelernten“ und „Ungelernten“ zur Tagesordnung überging, erst da konnte sich eine Strukturwandlung des Fabrikarbeiterverbandes vollziehen, allerdings unter starkem Widerstand in den eigenen Reihen. Der Verbandstag 1906 in Leipzig beschloß auf Antrag des Vorstandes gegen eine starke Minderheit die Beschränkung des Verbandes auf ein bestimmtes Organisationsgebiet und damit den Verzicht auf alle sonstigen Hilfsarbeiter und auch der Landarbeiter. Das Verbegebiet umfaßte vornehmlich die neu entstandenen Industrien, die wenige oder gar keine Berührungspunkte mit den traditionellen Handwerksberufen hatten. Hierzu gehörten die chemische, die Gummi- und Asbest-, die Kalk-, die Zementindustrie, die Herstellung von Pflanzenölen und Margarine, die Rübenzucker- und Konserverherstellung usw.

Was die Werbearbeit unter den Gelernten sehr erleichtert, die Erziehung zum Beruf durch die handwerksmäßige Lehre, die überlieferten Handwerksitten, die Berufssolidarität, fiel bei der Organisation der Ungelernten fort. Was der Fabrikarbeiterverband zu organisieren hatte, waren Industrieproletarier, leicht erkennbar in der Produktion, immer aufs neue vermehrt durch die Opfer der sozialen Umschichtung, wie sie der Kapitalismus insbesondere in Krisenzeiten und Perioden großen technischen Fortschritts vornimmt, verdrängte Berufsarbeiter, deklassierte Mittelständler, verarmte Bauern, Landproletarier usw. Aber was für den Menschen gilt, der mit seinen Zwecken wächst, das gilt auch für die gewerkschaftliche Organisation. Der Fabrikarbeiterverband erlangte Übung in der Überwindung von organisatorischen Schwierigkeiten, lernte Erfolge erzielen in Gebieten, wo sie anderen versagt blieben.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz wuchs der Fabrikarbeiterverband, fand Achtung und Anerkennung bei Freund und Gegner. In der Spanne zwischen den wenigen hundert Mitgliedern, die sich 1890 in Hannover zusammenschlossen und der großen gewerkschaftlichen Armee von nahezu einer halben Million gewerkschaftlicher Streiter, die der Fabrikarbeiterverband jetzt mustert, zwischen den paar hundert Mark an Einnahmen, welche die erste Jahresabrechnung aufwies, bis zu den fast 22 Millionen Mark an Mitgliedsbeiträgen im Jahre 1929 liegt der Aufstieg des Fabrikarbeiterverbandes. Aber noch wichtiger als die äußere Entwicklung sind die sozialen Wirkungen, die von seiner Organisationsarbeit ausgegangen sind. Sein gewerkschaftlicher Einfluß hat die Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Industriegruppen, deren Arbeitererschaft ihre gewerkschaftliche Vertretung im Fabrikarbeiterverband findet, völlig umgestaltet. Es ist ein großer sozialer Fortschritt, der z. B. zwischen den Arbeitsbedingungen der „Zieglerhöhlen“ der 90er Jahre und der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gegenwart. Eine ungeheure Kulturarbeit im vollsten Sinne des Wortes hat der Fabrikarbeiterverband in der Ziegelindustrie und auch in anderen Industrien durch seine Aufrüttelung der Massen, seine Kämpfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes geleistet.

Der Fabrikarbeiterverband ist nicht mehr der Verband der Ungelernten schlechthin, sondern die gewerkschaftliche Industrieorganisation für die Arbeitererschaft bestimmter Industrien. In seiner Gewerkschaftspolitik hat er stets den organisatorischen Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Kräftekonzentration Rechnung getragen. Seine Pionierarbeit unter den Landarbeitern hat den Grundstock zu der modernen Landarbeiterorganisation gelegt. Am 1. August 1926 erfolgte der Zusammenschluß mit den beiden alten Fachverbänden der Glas- und Porzellanarbeiter in der Form des Keramischen Bundes. Die Verschmelzung hat sich nach dem Urteil aller Beteiligten bewährt. Sie hat den beiden neu hinzutretenden Gruppen den Rückhalt einer starken Organisation gegeben, dem Fabrikarbeiterverband organisatorische Stärkung gebracht und seine Kampfkraft erhöht.

An der Spitze des Fabrikarbeiterverbandes steht heute noch August Brey, den 1890 der Ortsverein Hannover im Auftrage des „Kongresses aller nichtgewerblichen Arbeiter“ als Vorsitzenden wählte. Sein Name ist mit dem Aufstieg des Fabrikarbeiterverbandes auf das engste verknüpft. Er kann in diesen Tagen auf ein vierzigjähriges Führertum zurückblicken. Allen Aufgaben, die seine schwierige und umfangreiche Tätigkeit ihm stellte, mehr als gerecht geworden und dem Verbands ein wirklicher Führer gewesen zu sein, das ist das Verdienst August Brey für den Fabrikarbeiterverband.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat an dem Aufstieg der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen starken Anteil. Er hat ihr Kräfte zugeführt, deren Einreihung in die Kampffront sich unter den schwierigsten Umständen vollzog. Seine erfolgreiche Arbeit in den vergangenen vier Jahrzehnten wird auch für den weiteren Aufstieg in der Zukunft. Wir entbieten dem Verbands zu seinem 40jährigen Bestehen die besten Grüße.

# Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Versammlungen:

In Essen finden die Sektionsversammlungen der Steinmehrer nicht mehr Sonntags, sondern Sonnabends um 19 Uhr statt, bei Föller, Frohnhauser Straße.

Am 29. Juni in Sorau um 9 1/2 Uhr bei Günzel, Triebeler Straße.

Am 6. Juli in Hirschberg um 14 Uhr, Lokal „Alte Hoffnung“.

**Schüren.** Der Pflastersteintipper Philipp Brell, geb. am 13. 6. 1883 in Müllbach, ist von hier abgereist, ohne seine Interimskarte in Ordnung zu bringen; auch schuldet er unserem Zahlstellenwirt 47,73 Mark. Wo Brell auftaucht, bitte die Adresse an Wilhelm Kracht, Dorimund-Schüren, Steinbruchstraße 22, zu senden.

**Dsnabrück.** Kollege Steinseker Fritz Kähr, geb. 6. 11. 1904 in Anna, Buchnummer 125 0002. Geld aus Klage Schröder, Hannover, erhalten! Wo steckt Du? — Joseph Doll, Bezirksleiter, Dsnabrück, Natruyer Straße 54 b.

**Beucha.** Vom Dezember 1929 bis April 1930 verhandelte die Zahlstelle Beucha unter Kenntnis des Verbandsvorstandes ihre zum 30jährigen Bestehen der Zahlstelle herausgegebene Festschrift. Das Geschäft in dem Glauben, dadurch zum Teil die Druckkosten dieser Schrift decken zu können. Dieser stille Appell an die Zahlstellen um eine kleine Hilfe ist jedoch vergeblich gewesen, wenigstens bisher, denn von 400 mit Festschriften bedachten Zahlstellen hat nur der vierte Teil die mitgeteilten Kopien von 1 Mark eingesandt. Es bleibt uns nun nichts weiter übrig, als die anderen 300 Zahlstellen an dieser Stelle allen Ernstes zu bitten, den Betrag von 1 Mark an die Kass. Richard Adler, Beucha b. Leipzig Nr. 75b, einzusenden, zu wollen.

In Greifswald ist für Steinseker die Arbeitsberechtigungskarte eingeführt. Ohne eine solche erfolgt keine Einstellung.

**Berlorene Mitgliedsausweise:** In Königsbrück das Verbandsbuch Nr. 98 789 für Walter Eißold, Lehrling. Auf einer Fahrt nach Saalburg Buch Nr. 104 451 für Erich Nathermüller abhandeln gekommen. In Aachen das Verbandsbuch Nr. 63 638 für Rtl. Knorr, Steinhauer. — In Mauer Nr. 10 645 für Alfred Golsh, Steinarbeiter. — In Lilsit Nr. 116 271 für Friedrich Heinrich, Steinseker.

## Anzeigen

### Achtung, Berlin!

Für Steinsetzer und Berufsgenossen des Zahlbezirkes Berlin am Sonnabend, dem 28. Juni, um 19 Uhr in den Brunnenälen, Brunnenstraße 15, Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz und deren Beschlüsse — Diskussion — Verschiedenes. Die Ortsverwaltung, I. A.: Herm. Lenz.

Anmerkung: Wegen der großen Arbeitslosigkeit ist der Zugang auswärtiger Kollegen auch weiterhin fernzuhalten!

### Spandau und Nauen

Monatsversammlung für Spandau am Montag, 30. Juni, um 19 Uhr bei Höpner. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung.

Monatsversammlung für Nauen am Sonntag, 29. Juni, um 9.30 Uhr bei Malinowski. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung. Die Ortsverwaltung, I. A.: Baum.

### Einige tüchtige

## Pflastersteinmacher werden sofort aufgenommen bei Ernst Walter

Basaltschotterwerk, Schönbach bei Asch (Böhmen)

### Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31, Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., Mauersocken 1.20 Mk.

Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2

## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Hardheim am 30. Mai der Brecher Joseph Schweitzer, 38 Jahre alt, 1 Jahr krank, Herzleiden.

In Lautercken am 30. Mai der Hilfsarbeiter Willi Mann, 19 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In Beucha am 30. Mai der Schießmeister Reinhold Höfer, 50 Jahre alt, 13 Monate krank, Bauchfellentzündung.

In Löbau am 1. Juni der Schleifer Ernst Kalauch, 26 Jahre alt, 4 Wochen krank, Diphtheritis.

In Waren am 3. Juni der Steinschläger Karl Stutz, 63 Jahre alt, Magenengeschwür.

In Reinersreuth am 3. Juni der Hilfsarbeiter Anton Striegel, 29 Jahre alt, Freitod.

In Pforzheim am 5. Juni der Sandsteinmetz Emil Ostreicher, 51 Jahre alt, 6 1/2 Monate krank, Lungentuberkulose.

In Elbing am 5. Juni der Steinsetzer August Herrendorf, 61 Jahre alt, 9 Monate krank, Asthma, Leberkrank.

In Leipzig am 5. Juni der Steinsetzer Karl Pochter, 51 Jahre alt, Lungentzündung.

In Bischofsgrün am 10. Juni der Hilfsarbeiter Johann Krauß, 65 Jahre alt, 9 Monate Magenleiden.

In Zadel am 11. Juni der Pflastersteinmacher Achilles Eusan, 62 Jahre alt, 10 Tage krank, Lungentzündung.

In Alsleben am 11. Juni der Steinsetzer Karl Rapp, 38 Jahre alt, tödlicher Autounfall.

In Rostock am 12. Juni der Hilfsarbeiter Heinrich Langberg, 65 Jahre alt, 3 Wochen krank, Arterienverkalkung.

In Kindisch am 13. Juni der Granitsteinmetz Albin Heinrich, 59 Jahre alt, 2 1/2 Jahre krank, Herzschwäche.

In Naasdorf am 14. Juni der Pflastersteinmacher Albert Buchmann, 46 Jahre alt, über ein Jahr krank, Lungenerkrankung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Gesetzliche Betriebsvertretungen im Auslande

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie und der Betriebsdemokratie hat nach dem Kriege in den verschiedenen industriellen Ländern der Welt eine immer größere Ausdehnung erfahren.

In Japan liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung von Betriebsausschüssen in allen Fabriken und Bergwerken, die mindestens 100 Arbeiter beschäftigen, vorsieht.

Das österreichische Gesetz ist am 15. Mai 1919 ergangen. Es stimmt weitgehend mit dem Ausbau und den Vorschriften des deutschen Betriebsrätegesetzes überein und man darf sagen, daß es in vielen Punkten dem deutschen Gesetz als Vorbild gedient hat.

In Luzern wurde die Errichtung von Arbeiterausschüssen in den gewerblichen Betrieben durch einen Beschluß vom 26. Juli 1920 angeordnet. Danach muß in allen gewerblichen Unternehmungen, in welchen regelmäßig wenigstens 15 Arbeiter beschäftigt sind, ein ständiger Arbeiterausschuss errichtet werden.

In Norwegen sind durch das Gesetz vom 23. Juli 1920 in gewerblichen Betrieben, die in der Regel mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, Ausschüsse zu errichten, wenn mindestens 1/4 Arbeiter des Betriebes dieses verlangt.

In der Tschechoslowakei wurde durch Gesetz vom 25. Februar 1920 und vom 12. August 1921 eine gesetzliche Betriebsvertretung für die Arbeitnehmer in Industrie und Bergbau geschaffen.

Aufsichtsrats Vertreter zu entsenden. Auch sieht das tschechische Gesetz Berichterstattung über den Stand des Betriebes, Vorlegung der Bilanzen usw. vor.

In Rußland ist nach dem Gesetz vom 26. Februar 1926 in jedem staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Unternehmen mit mindestens 25 Arbeitern oder Angestellten ein Betriebs- oder Ortsausschuss zu errichten.

Es ist nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Artikels eine rechtsvergleichende Darstellung über die Bedeutung und den Wert eines jeden einzelnen Gesetzes zu geben.

Streifzüge durch die amerikanische Gewerkschaftsbewegung

Wenn der Internationale Gewerkschaftsbund im Juli zu Stockholm zusammentritt wird es zunächst auffallen, daß der Amerikanische Gewerkschaftsbund nicht vertreten ist.

Es gibt kein Land, wo die Arbeiterbewegung soniel Rückschläge hatte, wie in Amerika. Das ist um so eigenartiger, als sich dort frühzeitig Ansätze zur Schaffung einer Arbeiterbewegung finden.

Dieselbe A. F. o. L., die sich heute noch weigert mit dem Internationalen Arbeitsamt zu identifizieren, war es, die 1886 den Grundstein legte für die 1889 eingeführte Maifete!

In Anbetracht der Tatsache, daß eine Kundgebung von dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund auf seinem im Dezember 1889 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen wurde, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Der sozialistische Maidenkamp hat also in dem Lande seinen Ursprung, das heute am stärksten den modernen Sozialismus ablehnt: Amerika.

Hält man heute Rückschau auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung der letzten vierzig Jahre, so ist es begreiflich, daß sich auch in Amerika bald ein Kampf um den "Wert" der Gewerkschaftsidee entzünden mußte.

„Was erleben wir jetzt in England? Daß gegenüber den alten organisch aus den Zünften des Mittelalters hervorgegangenen und verporzt gewordenen Trade Unions, gegenüber dem Nichts-als-Tradeunionismus, sich ein neuer Tradeunionismus herausgebildet hat, der die Unfruchtbarkeit der einseitigen Gewerkschaftsbewegung begriffen hat, die Notwendigkeit der politischen Bewegung anerkennt und für sich wirft!“

Die wirkliche Entwicklung war nun freilich eine ganz andere als Liebkecht sie mit diesen Worten schilderte. Das war aber besonders in Amerika der Fall. Sam Compers entwickelte unter dem Drang der amerikanischen Verhältnisse einen „Nichts-als-Tradeunionismus“.

Frankreich dem Syndikalismus den Weg ebnete. Zweifellos war der Syndikalismus, der sich um die Jahrhundertwende in Frankreich breitmachte, zum Teil eine Reaktion gegen die „Nur-Politik“, die durch ihre Vorliebe für die „politische Aktion“, den Wirtschaftskampf für überflüssig hielt.

„... unter der englischen Arbeiterklasse gibt es viele, die von der ausschließlichen Wichtigkeit der Lohnfrage so sehr durchdrungen sind, daß sie sich gegen den Parlamentarismus wenden, abgesehen von der Anarchisten sind. Sie glauben auch nicht, daß die Frage der Arbeitszeit etwas mit dem Parlament zu tun hat.“

Das war der Ausfluß der alten individualistischen liberalen Manchesterlehre, die den Ideenzirkel des englischen Tradeunionismus lange beherrschte, in Amerika auch heute noch vorherrschend ist.

Seit dem letzten Jahreskongreß der A. F. o. L. ist viel von einem Umschwung in der Politik der amerikanischen Gewerkschaften gesprochen worden. Was spricht für diese Annahme? Vor allem die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich in einer Krise befinden. Auch dort gab es „Kriegsnachwehen“, die Anlaß zu den verschiedensten Experimenten geben.

Neue Bücher und Zeitschriften

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hührende Gewerkschafter, wie: Aufhäuser, Eduard Bernstein, Falkenberg, Walter Naighe, Hermann Müller, Paul Umbreit, Emil Vanderveelde und bedeutende Wissenschaftler, unter anderen: Götz Briefs, Chajes, Zlatov, Karl Brömm, Riebel, haben sich in gemeinsamer Arbeit an dem obengenannten Werk zusammengefunden.

Soziale Bauwirtschaft. Bezugsgebühr monatlich 75 Pfg. Preis der einzelnen Nummer 30 Pfg. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin. Das schwere Daniederliegen des Baumarktes hat zu einem verdrängten Wettbewerb um die Bauaufträge geführt.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart. Preis der reich illustrierten, gut ausgestatteten, 208 Seiten umfassenden Broschüre 2,50 Mark, gebunden 3,20 Mark.

Kuch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## Das neue Frauenideal

Die Vorstellungen des Mannes über die Frau, nach der er sich sehnt, oder der einen Frau über die andere, der sie nachstreben will, haben sich im Laufe der Geschichte recht oft geändert. Die germanische Frau, die ihren Mann auf seinen Kriegszügen begleitete, wurde abgelöst von der Frau der Frühgotik, die in der Ritterburg wohnte und von den Minnefängern besungen wurde. Auf diese Zeit der weiblichen Frauenerehrung folgte eine Schwächung, an der auch die Reformation nichts ändern konnte. Eine wichtige Wandlung tritt erst ein, als die ritterliche Kultur durch eine bürgerliche in den Städten abgelöst wurde. Hier und auch fernerhin wird man sehen, daß das Frauenideal abhängig ist von der ökonomischen Entwicklung und daß eine Aenderung des Frauenideals immer auf einer Veränderung der ökonomischen Grundlage basiert. Im 18. Jahrhundert entsteht dann die sogenannte „Mätresse“, die Herrin. Sie ist die liebenswürdige, geistreiche und belebende Salonbabe und legt viel Wert auf Außerlichkeiten. Aus jener Zeit stammt die Schminke, das Pulver, das Schönheitspflasterchen und all die schönen Sachen, die man heute lieber auf dem Monde sehen möchte. Die Kokotodame ist aber die Herrscherin auf dem Gebiete der schönen Künste, der Geschichte, der Literatur und nicht zuletzt der Politik. Als Geliebte der Könige ist sie das Schicksal ganzer Völker und Länder. Die Frau kommt hier erstmalig zur Macht, wenn auch durchs Hintertürchen.

Aber dieses Ideal der Frau wird durch den ehesten Schritt der französischen Revolution hinweggefegt. Außerlich wird wieder die schlafende Frau modern, das Korsett verschwindet, es folgt die Frau der Romantik. Dies ist die Zeit der stillen, vornehmen und freien Lebensauffassung, des Bürgerturns zur Zeit des Frühkapitalismus. Aber schon entsteht das moderne Industrieproletariat und mit ihm eine neue Frau, die Frau der Arbeit. Die Maschine hat die Arbeiterin in die Fabrik aus ihrem Heim vertrieben, die Maschine hat die Frau entwürzelt, losgelöst von alten Formen, alten Gewohnheiten und alter Sittlichkeit. Der Kampf um die Frauenarbeit beginnt, sowohl in der Fabrik, als auch in der Hochschule. Der Ruf nach Gleichberechtigung wird zum Kampfschrei, Gleichberechtigung in jeder Beziehung.

In diesem Streite helfen den Frauen aufgeklärte und kluge Männer, die sozialistische Arbeiterbewegung macht sich die Frauenforderungen zu Eigen, der Sieg wird immer mehr ausgedehnt, die Geburtsstunde der modernen Frau ist da. Wir sehen sie heute liberall. Wie sieht sie aus? Schon äußerlich betont sie die Freiheit! Die Insignien der alten Zeit, die Locken und Zöpfe hat sie radikal abgesehen und trägt den Bubikopf. Sie trägt den kurzen Rock und zeigt ihre Beine, ob häßlich oder schön. Auf Toilette kann und will sie nicht viel Zeit verwenden, nicht Stunden vor dem Spiegel stehen, sondern mit einigen Strichen ihres Haar soll dieser Bestandteil des Körpers ausgefertigt sein. Korsetts und ähnliche Dinge hat sie über Bord geworfen, sie zeigt ihre natürlichen Formen und ihr Grundgesetz ist: Gefallen ich dir, gut; gefall ich dir nicht, dann las es bleiben! Selbstverständlich ist sie im Beruf und will wirtschaftlich unabhängig sein von Elternhaus oder Mann. Dieser Wille hat die Ehtit unserer Zeit vollkommen gewandelt. Das durch Jahrhunderte hindurch unberührte Verhältnis zwischen Mann und Frau hat plötzlich die erste große Veränderung erfahren. Zum ersten Mal stehen sich Mann und Frau auf einer Basis gleichberechtigt gegenüber, die die Grundlage unseres gesamten Lebens bildet: der Schaffung wirtschaftlicher Existenz. Heute ist uns diese Erscheinung schon so selbstverständlich, daß wir uns gar nicht mehr darüber aufregen und an alle Folgen denken, die sich aus dieser Tatsache ergeben, nicht mehr denken. Die Vertreter des Gestern und die Gegner des Fortschrittes stimmen ein lautes Klagegebet über die Verderbtheit der Sitten der heutigen Jugend und der Frau im besonderen an, aber sie übersehen, daß in Wirklichkeit durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau eine solche starke Hebung des allgemeinen Ethos eingetreten ist, wie es nur in ganz wenigen Augenblicken der Weltgeschichte gewesen ist.

Zum ersten Mal ist für weite Volksschichten das Grundproblem des Verhältnisses zwischen Mann und Frau gelöst worden. Es ist aus jeder elendigen Verquickung von Interessen und Eigennutz, aus jeder Verschlingung durch nebenläufige Rücksichten und Erwägungen befreit worden. Das junge Mädchen von heute kann sich den Luxus erlauben, einen Mann nach ihrer Wahl zum Manne zu nehmen, es braucht nicht auf Mitgift zu achten; infolge ihrer wirtschaftlichen Stellung kann sie — lieben, wen sie will, und braucht nicht zu heiraten, wenn sie es nicht will. Die neue Stellung der Frau brachte in unsere scheinbar so „schlechten“ Zeiten einen Sieg des reinen Gefühls über die Knechtung der Interessen.

Und diese neue Einstellung der weiblichen Liebe ist das Entscheidende an der modernen Frau und an ihrem Ideal. Alles andere: der Sport, ihre Sucht nach Wasser, Licht und Sonne ist nur Begleiterscheinung, wenn auch keine unwesentliche. Auch die Ehe hat sich gewandelt. Das mütterliche und schweigerliche Ideal der neuen Frau gibt auch ihr eine neue Prägung. Die Frau ist nicht nur Hausfrau und Mutter, auch nicht mehr Herrin, zu der der Mann betend aufschaut; sie ist Kameradin und wahre Lebensgefährtin. Sie ist nicht zunächst Frau, sondern Mensch.

Freilich gibt es auch heute noch die alten Typen. Noch gibt es sie. Das Proletariat aber befreit sich von diesen Ueberresten und strebt ganz dem Neuen zu. Die Frau wird Mensch. Nicht mehr lächerliche äußere Formen werden über Wert und Unwert der Frau entscheiden, nicht mehr Kleidung und Körper ausschlaggebend sein, sondern der innere Wert wird entscheidend sein für die Wahl des Mannes. Aber ihr Männer nehmen auch in Acht. Paßt auf, daß ihr nicht verläßt. Seht in euch hinein und schlaft eure Herzen aus. Alte Romantiker, alte Herrschsucht und alte Reichtüberei gibt es darin noch zuviel. Befreit ihr euch nicht von diesen Ueberbleibseln einer alten Zeit, dann wird die Frau euch mitteilidig über die Schultern ansehen. W. F.

## Nationalisierung der Hauswirtschaft

Kosten, Zeit- und Kraftbedarf der Fußbodenreinigung.

	Jährl. Kosten	Jährl. Arbeitszeit
Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch	5,40 Mk.	98 Std.
Bei Verwendung eines Scheuermops	9,30 Mk.	82 Std.
Bei Verwendung eines Delmops	15,80 Mk.	52 Std.
Bei Verwendung eines Bohnerbessens	10,00 Mk.	61 Std.
Bei Verwendung eines Besens mit einem Bohnerloch umwidelt	9,70 Mk.	63 Std.

Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die billigste Methode das Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch ist. Sie erfordert allerdings auch die längste Zeit und beansprucht durch die unangenehme Arbeit des Auswringens viel Kraft. Die Verwendung eines Scheuermops mit Auswringvorrichtung erhöht zwar die Kosten, gestattet aber Zeitersparnisse und ermöglicht eine bessere kraftsparende Körperhaltung. Die teuerste Methode ist nach den Untersuchungen die der Staubbindung durch Delen. Verwendung eines ölgetränkten Mops. Die gegenüber der ersten Reinigungsmethode gestiegenen Kosten ermöglichen aber eine Zeitersparnis von etwa

44 Stunden im Jahr. Dabei ist die Körperhaltung noch besonders bequem. Empfohlen wird die Verwendung der üblichen schmerzhaften Bohnerbessens. Wenn versucht wird, die Anschaffung eines Bohnerbessens dadurch zu umgehen, daß behelfsmäßig ein gewöhnlicher Besen oder Schrubber mit einem Bohnerloch umwidelt wird, dann bleiben durch geringere Lebensdauer des Gerätes die Kosten und auch die Zeiten annähernd gleich. Die Körperhaltung wird aber durch die Notwendigkeit der Ausübung eines stärkeren Druckes bedeutend anstrengender. — Soweit die Untersuchungen des R.A.W. Die Untersuchungsergebnisse bilden eine Grundlage, auf der weiter gearbeitet werden kann. Ferner wurden vom R.A.W. Nachversuche gemacht, die zum Ziel haben, den Einfluß der verschiedenen Nachverfahren auf die Festigkeit der Gewebefaser festzustellen. Ueber die Wärmewirtschaft (zweckmäßige Dienheizung) werden ebenfalls Versuche gemacht. Man kann sich nur freuen, daß auch das Gebiet der Hauswirtschaft einmal gründlich untersucht wird. Denn auch die Arbeit der Hausfrau ist der Unternehmung wert.

## Wie verhalte ich mich bei plötzlichen Blutungen?

Von Dr. med. Elisabeth Fink.

Eine plötzlich auftretende Blutung ist gewöhnlich ein aufregendes Ereignis. Fast immer wird aber zum Glück von Laien die Gefahr weit unterschätzt. In der Regel droht dem gesunden Erwachsenen die Gefahr des Verblutungsstodes erst beim Verlust seiner halben Blutmenge. Das ist bei einem Körpergewicht von 60 Kilo immerhin das stattliche Maß von zwei Litern. Je schneller die Blutung erfolgt, desto größer ist natürlich die Gefahr; nur eine kleine Gruppe von Menschen ist auch schon durch langsam erfolgende Blutungen gefährdet. Das sind die Bluter, jene abnorm Veranlagten, in deren Blut die Gerinnbarkeit stark herabgesetzt ist. Schon an einer geringfügigen Gelegenheitswunde oder beim Zahnziehen können sie sich verbluten, weil die Blutstillung nicht gelingt.

Erstes und oberstes Gebot bei jeder Blutung ist die Blutstillung. In zweiter Linie erst kommt die Befämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut in Betracht. Die Blutstillung gelingt am einfachsten bei Blutungen aus äußeren Wunden. Ein fest gegen die Wunde angelegter Verband aus feinstem Verbandstoff, im Notfall aus frisch gewaschenem Leinen, mittels eines Tuches oder einer Binde befestigt, dazu bei Blutungen an den Armen oder Beinen die Hochlagerung der entsprechenden Gliedmaßen bringt den roten Strom in vielen Fällen sofort zum Stillstand. Auch Blutungen aus geplatzten Krampfadernnoten, ja selbst die kleineren, heftig spritzenden Schlagaderblutungen hören unter dieser Behandlung auf oder lassen sich mindestens solange in Schach halten, bis ärztliche Hilfe erreichbar ist. Bei größeren Schlagaderblutungen wird man zunächst ebenso verfahren. In bedrohlichen Fällen aber zugleich das ganze Glied oberhalb der blutenden Wunde mittels eines Gummischlauches, eines Riemens, eines Hosenträgers oder Taschentuches umschließen, vor allen Dingen aber für sofortige Ueberführung ins Krankenhaus sorgen, damit das spritzende Gefäß durch die Naht verschlossen werden kann. Viel leichter läßt sich in der Regel Nasenbluten beherrschen. Es steht meist schon, wenn der Patient den Kopf hochrichtet, den Nasenflügel derjenigen Seite, aus der das Blut kommt, fest gegen die Nasenscheidewand preßt, den Hals vom engen Kragen befreit und kalte Umschläge, womöglich einen Eisclaud in den Nacken und auf die Stirn legt. Nur in den seltensten Fällen gelingt es auf diese Weise nicht, eine Nasenblutung zu stillen; dann ist der Arzt zu Rate zu ziehen der durch Verätzung oder Verkohlung der blutenden Stelle, im Notfall durch Ausstopfen der Nase (die sogenannte Tamponade) auf rasche Weise Hilfe bringen kann.

Weit ernster aufzufassen sind die heftigen, schaumvermengte Lungenblutungen und die bräunliche, kaffeeschattige Magenblutung. Gewiß kann in einer so verantwortungsvollen Lage wie sie eine Lungen- oder Magenblutung darstellt, die Behandlung nur vom geschulten Arzt richtig geleitet werden, der darum so schnell als möglich hinzuziehen ist. Viel, sogar sehr viel hängt aber auch vom richtigen Verständnis der Umgebung des Kranken für die Anordnungen des Arztes ab. Alle überflüssigen und aufgeregten Angehörigen sind aus dem Krankenzimmer zu entfernen, damit der ohnedies durch die Blutung gewöhnlich aufs äußerste gedrückte Kranke nicht noch mehr aufgeregt und beunruhigt wird. Dazu ist um so weniger Veranlassung, als die Erfahrung lehrt, daß zum Glück selbst beträchtliche Blutstürze kaum je das Leben unmittelbar gefährden. Neben der seelischen Beruhigung ist für völlige Körperruhe zu sorgen. Es empfiehlt sich dabei, soweit vom Arzte nicht anders bestimmt wird, Bettruhe in Rückenlage, beim Lungenkranken am besten mit erhöhtem Oberkörper. Ein leicht erreichbares blutstillendes Mittel ist die Eisblase, die allerdings wegen der Gefahr einer Erkältung nur für kurze Zeit hintereinander (eine Viertel- bis eine halbe Stunde) beim Lungenkranken in den Nacken oder auf die Brust, beim Magenkranken auf den Leib zu legen ist. Fälle, bei denen trotz zweckmäßigster Behandlung eine Blutung nicht zum Stehen kommt, sind im allgemeinen selten. Dann kommt, wenn auch die Einspritzung gerinnungsfördernder Mittel unter die Haut oder in die Blutader verlagert, als letztes Mittel die Operation, bei der Lungenblutung die künstliche Gasbrust, bei der Magenblutung die Uebernähung der blutenden Stelle in Betracht.

Die Hämorrhoidalblutung ist nur ausnahmsweise so stark, daß sie nicht durch festes Zusammenpressen der Gefäßhäfen unter Zuhilfenahme blutstillender Salbe oder Japschen zum Stillstand käme. Kommt man damit allein nicht aus, dann ist der Eisumschlag, der mit blutstillenden Mitteln getränkte Druckverband oder die Ausstopfung des Afteres mittels eines fingerdicken, circa 20 Zentimeter langen, mit Jodformergaze umwickelten Gummistrohres und letzten Endes, wenn alles dies nichts nützt, die Hilfe des Chirurgen am Platze.

Mit der Bekämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut — sie äußert sich in Blässe des Gesichtes, Erschöpfung, Durst, in schweren Fällen in Schwinden vor den Augen, Ohrensausen, Schwindel und Ohnmacht — soll nicht eher begonnen werden, bis die Blutung verläßlich, aber auch wirklich verläßlich versorgt ist, sonst könnte es vorkommen, daß die Blutung wieder von neuem beginnt.

Gesundheitsdienst des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Berl.-Charlottenb.



Eile mit Weile! Das gilt auch beim Mahl.



Heruntergeschlungenes macht dir nur Qual.

## Keine Krampfadern mehr

Krampfadern sind ein Uebel, das gleich stark verbreitet ist bei Arm und Reich. Vornehmlich sind es Frauen und Mädchen, die von Krampfadern heimgeuchelt werden, und wie groß die Verbreitung dieses Leidens ist, hat zum Leidwesen unserer Frauenwelt die Mode des kurzen Rodes und der dünnen Strümpfe erkennen lassen. Der Wunsch nach Beseitigung solcher Krampfadern entspringt aber nicht nur weiblicher Eitelkeit, sondern die Krampfadernbildung ist gewissermaßen ein soziales Problem geworden. Beeinträchtigt doch Krampfadern in mehr oder minder großem Maße die Berufstätigkeit daheim wie draußen und verursacht, insbesondere durch ihre Folgezustände, häufig Erkrankungen der umgebenden Haut, deren Behandlung bisher auch dem Arzt erhebliche Schwierigkeiten machte.

Der Name „Krampfadern“ leitet sich her von den krampfartigen Schmerzen, die in den Muskeln des Beines nicht selten auftreten. Die Entstehung von Krampfadern ist zurückzuführen auf eine Behinderung des Blutabflusses durch Stauung in den Blutadern. Diese Stauung findet naturgemäß meist im Bereich der Beine statt; denn auf diesen lastet ja die ganze Blutfülle des Körpers. So ist es erklärlich, daß der Krampfadernbildung besonders Menschen ausgelegt sind, die in ihrem Berufe viel stehen müssen. Daß Geburten bei Frauen häufig Krampfadern zurücklassen, ist allgemein bekannt. Hier wirkt der Druck des kindlichen Kopfes während der Schwangerschaft und der Geburt als auslösende oder die Krampfadernbildung begünstigende Ursache. In ähnlicher Weise können raumbeengende Geschwülste oder Erkrankungen, die mit Wasserabscheidungen im Bauchraum einhergehen, bei Mann und Frau zur Ursache von Krampfadernbildung werden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß rund ums Bein herumlaufende Strümpfbänder, die den Blutumlauf abperren, ebenfalls für die Entstehung von Krampfadern verantwortlich gemacht werden müssen. Zu all diesen Gelegenheitsursachen kommt fast stets noch eine gewisse persönliche, häufig eine erbliche Veranlagung hinzu. Wo letzteres vorliegt, wird es sich empfehlen, bei der Berufswahl darauf Rücksicht zu nehmen; ebenso kann vor der Verwendung ungeeigneter Strümpfbänder in diesem Zusammenhang nicht genügend gewarnt werden. Ist es trotz dieser Vorichtsmaßnahmen doch zur Krampfadernbildung gekommen, so äußert sich diese zunächst in dem Hervortreten bläulicher Stellen an der Haut des Unterschenkels. Die Erweiterung der Blutgefäße wird gewöhnlich begleitet von einer Verlängerung derselben, und so kommt es zur Bildung von starken, durch die Haut sichtbaren Windungen und Knäueln der erweiterten Blutgefäße. Diese Knäuel können oft ganz erstaunlich große Formen annehmen. Aber auch, wenn die Krampfadernbildung nicht außergewöhnlich stark ist, führt der dauernde Druck der Blutfülle zu einer Verdünnung der darüberliegenden Haut, die dann schon durch kleinste Schädigungen Verletzungen erleidet und zu Blutungen und Geschwürbildungen neigt. Der dabei häufig auftretende Juckreiz veranlaßt vielfach zum Kratzen und damit zu einer Infektion der an sich schlecht durchblutenden und wenig widerstandsfähigen Haut. Es bilden sich nicht selten Unterschenkelgeschwüre, sogenannte „offene Füße“. In schweren Fällen kann in den Krampfadern als Folge entzündlicher Prozesse eine nicht ungefährliche Verstopfung eintreten, die oft ein langes Krankenlager bedingt.

Man tut also unrecht, wenn man die Krampfadern nur als einen Schönheitsfehler ansieht und ihnen nicht die genügende Beachtung schenkt. Glücklicherweise ist die medizinische Wissenschaft in der Lage, dem Uebel in wirksamer Weise entgegenzutreten. Dabei muß betont werden, daß die Behandlung der Krampfadern außerordentlich viel leichter ist, je früher der Patient den Arzt aufsucht. Man hat zunächst und zweifellos mit recht gutem Erfolg durch elastische Binden die Ursache der Krampfadern zu beseitigen versucht. Die Behandlung ist aber langwierig und wird von dem Kranken meist nicht mit der nötigen Sorgfalt und Regelmäßigkeit durchgeführt. Auch Gummistrümpfe sind zweifellos zweckmäßig; aber andererseits ist ihre Anschaffung recht kostspielig und sie stellen, besonders in der heißen Jahreszeit, eine oft so erhebliche Belästigung des Kranken vor, daß sie meist bald wieder abgelegt werden. Zu einer operativen Behandlung, deren Erfolg in vielen Fällen unbefristet sind, kann mancher sich nicht leicht entschließen. Deshalb muß es als ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiet der Krampfadernbekämpfung bezeichnet werden, daß man heutzutage im Stande ist, durch eine einfache Einspritzung in die Krampfadern selbst das Leiden zu beheben. Zweck dieser Einspritzung ist es, durch künstliche Bildung von Blutpfropfen den Blutstrom an der Einspritzungsstelle zu unterbrechen und so die Gefäße zu veröden. Man benutzt heutzutage als Einspritzungsflüssigkeit eine Traubenzucker- oder Kochsalzlösung, die für den Körper völlig ungefährlich ist und, wie langjährige Erfahrungen gezeigt haben, einen Blutpfropfen erzeugt, der mit der Gefäßwand fest verbunden ist, so daß die Gefahr eines Abreißen desselben so gut wie ausgeschlossen erscheint. Da irgendwelche Narben bei dieser Art der Behandlung nicht zurückbleiben, ist die von ärztlicher Hand und unter Beachtung aller, wie für eine chirurgische Operation erforderlichen Maßnahmen erfolgende Einspritzungsbehandlung der Krampfadern wohl als die sicherste und ungefährlichste Methode anzusehen. Da sich indessen nicht jeder Patient für diese Art der Behandlung eignet, so muß die Auswahl geeigneter Fälle stets dem freien Ermessen des sachverständigen Arztes überlassen bleiben.

Darum: Wer Krampfadern hat, der gehe zum Arzt, wer keine hat, aber dazu neigt, der tue das Gleiche. Wenn jeder, den es angeht, so handelt, dann gibt es bald: „Keine Krampfadern mehr!“

## Lumpenproletariat

Das rohe und harte Wort bezeichnet die Armen der Armen, die aus der gesellschaftlichen Ordnung völlig ausgestoßen sind, und niemand, der heute noch sozial gefestigt erscheint, weiß, ob nicht, solange diese Wirtschaftsordnung besteht, auch einmal einer der eigenen Familie ins Lumpenproletariat hinuntergestoßen wird.

Gerade dieses Lumpenproletariat bedarf wegen der Größe der Not besonderer sozialer Beachtung. Nicht nur für sich, sondern auch für ein wesentliches Stück Zukunft des Volkes, das von diesem sogenannten Lumpenproletariat getragen wird. Denn, so ist leider durch statistische Untersuchungen erwiesen, die Kinderzahl ist im Lumpenproletariat verhältnismäßig wesentlich höher als in den anderen sozialen Gruppen. Nach einer Arbeit, die Dr. Max Kleise in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene hierüber auf Grund eigener Feststellungen bekanntgibt, entspricht die Größe der Kinderzahl der sozialen Lage im umgekehrten Verhältnis. So entfallen auf die Familie des gelehrten Arbeiters 2 Kinder, auf die des ungelerten Arbeiters 2,2, doch im Lumpenproletariat kommen auf jede Familie im Durchschnitt 3,2 Kinder. Aber damit ist es noch nicht genug. Auch die gesundheitliche Qualität dieser zahlreichen Kinder im Lumpenproletariat steht hinter den anderen Arbeitergruppen zurück. Von den Kindern gelehrter Arbeiter gehörten gesundheitlich zur Gruppe Gut 22,2 Prozent, zur Gruppe Mittel 40,2 Prozent und zur Gruppe Schlecht 37,6 Prozent. Zahlen, die wahrlich nicht günstig sind, und doch vom Lumpenproletariat noch übertroffen werden. Denn hier gehörten zur Gruppe Gut nur 3,7 Prozent, dagegen zur Gruppe Schlecht 44,5 Prozent und zur Gruppe Schlecht gar 51,8 Prozent. Welche Not ist in dieser göttlichen Wirtschaftsordnung doch möglich! Aber trotzdem predigt man immer wieder den Kinderreichtum, obwohl immer neu die Beziehungen zwischen Menschenqualität und sozialer Lage erwiesen werden.

Wir wollen gesunde Menschen! Und darum auch soziale Rechte!